

LaG - Magazin

Die DDR - Unrechtsstaat? Stasistaat?

Zur Auseinandersetzung mit dem Begriff der Diktatur

09/2013

23. Oktober 2013

Inhaltsverzeichnis

Zur Diskussion

Diktatur des Volkes – Was war die DDR?.....	5
DDR – SED-Diktatur – Unrechtsstaat – Totalitarismus?	
Zur Auseinandersetzung mit schwierigen Begrifflichkeiten.....	8
Spezifika der SED-Diktatur.....	11
Die „Theorie der zwei Dämonen“ in Argentinien.....	14

LaG-Material

Die DDR – ein Unrechtsstaat?.....	17
-----------------------------------	----

Empfehlung Unterrichtsmaterial

„Die DDR – (K)Ein Unrechtsstaat?“	
- Schüler/innen zum kritischen Arbeiten mit Geschichte anregen.....	20
Leben in der DDR- Die Stasi im Bewusstsein der Bevölkerung.....	21
Die Flaschenpost – Die DDR im Grundschulunterricht.....	23

Empfehlung Web

Deutscher Diktaturenvergleich.....	26
Europas 20. Jahrhundert und der Alltag in der DDR – Zwei Ausstellungen.....	27

Empfehlung Fachbuch

Aufarbeitung der Diktatur – Diktat der Aufarbeitung?.....	29
Europäische Perspektiven auf Diktaturüberwindung.....	32

Empfehlung Fachdidaktik

Soziales Paradies oder Stasi-Staat?	
Das DDR-Bild von Schülern – ein Ost-West-Vergleich.....	36

Empfehlung Comic

Die Diktatur gezeichnet.....	38
------------------------------	----

Liebe Leserinnen und Leser,

wir begrüßen Sie zur Oktoberausgabe unseres LaG-Magazins. Im Mittelpunkt steht die Auseinandersetzung darum, mit welchen Begrifflichkeiten sich das politische System der DDR fassen lässt: SED-Diktatur, Konsensdiktatur, Unrechtsstaat, Stasi-Staat oder ist von der zweiten deutschen Diktatur zu sprechen?

Wir haben profilierte Autoren eingeladen sich zu diesem Thema zu äußern und es von unterschiedlichen Perspektiven auf Geschichte zu beleuchten. Unser Anliegen war und ist dabei weniger eine normative Eingrenzung nachzuzeichnen, sondern für eine Offenheit in der Diskussion um Kategorien zu plädieren. Wo es sich anbot, haben wir uns bemüht den Blick international zu weiten, um Erfahrungen im Umgang mit extremismustheoretisch grundierten Deutungen im Umgang mit Diktaturerfahrungen zu problematisieren. Entsprechend dem Grad an Abstraktheit, die in der Thematik begründet liegt, war es eine Herausforderung, praxisrelevante Materialien zu finden.

Wolfgang Wippermann setzt sich mit polykratischen Aspekten der Herrschaftsstruktur in der DDR auseinander und plädiert für eine Abgrenzung gegenüber dem Begriff der „zweiten deutschen Diktatur“.

Christoph Kleßmann thematisiert die Schwierigkeit von Vergleichen höchst unterschiedlicher Diktaturen wie dem Nationalsozialismus und der DDR. Er fragt nach dem Erkenntnisgewinn solcher Vergleiche.

Bernd Faulenbach widmet sich der grundsätzlichen Schwierigkeit einer angemessenen Begriffsbildung zur DDR. Er verortet die wesentliche Herrschaftsstruktur in der führenden Partei, der SED und zeigt die Problematiken anderer Begrifflichkeiten, wie dem des Unrechtsstaates auf.

Alexander Hasgall schließlich zeigt am Beispiel des Umgangs mit den Folgen der argentinischen Militärdiktatur auf, wie Extremismusthesen eine gesamtgesellschaftliche Verantwortungsübernahme für eine Diktaturerfahrung behindern.

Die didaktischen Materialien zu dieser Ausgabe hat *Thomas Spahn* für uns erarbeitet.

Wir möchten es nicht versäumen auf eine Sammelrezension zu Geschichtscomics über die DDR hinzuweisen, die *Christoph Hamann*, u.a. Mitglied unseres Vereinsvorstandes, für diese Ausgabe beigesteuert hat.

Unser Dank gebührt allen, die zum Gelingen dieser Ausgabe beigetragen haben.

In eigener Sache:

Wie häufig schon müssen wir wieder einmal auf unsere angespannte Finanzsituation hinweisen. Die entsprechende Ausstattung unserer Redaktion ist ausgesprochen prekär und führt zwangsläufig zu Engpässen, die sich in Ungenauigkeiten und Fehlern niederschlagen können. Um unseren selbstgesetzten Ansprüchen zu genügen und Ihnen ein kostenfreies Angebot präsentieren zu können, sind wir auf Ihre Spenden oder ihre Fördermitgliedschaft angewiesen. Hinter dem Button “Unterstützen sie uns” finden Sie Hinweise in welcher Form Sie uns helfen können.

Die nächste Ausgabe unseres LaG-Magazins erscheint am 13. November und widmet sich dem Thema „Kriegsgefangenschaft im Kontext des Zweiten Weltkrieges“.

Eine angenehme Lektüre wünscht Ihnen
Ihre

LaG-Redaktion

Diktatur des Volkes – Was war die DDR?

Von Wolfgang Wippermann

Die DDR war eine Diktatur. Doch was für eine? Eine „Diktatur des Proletariats“, wie sie Marx und Engels gefordert hatten, um nach der sozialen Revolution die neue kommunistische Gesellschaftsordnung errichten zu können? Zweifellos nicht. In der DDR hat es nämlich weder eine soziale Revolution noch eine kommunistische Gesellschaftsordnung gegeben. Sie sollte erst nach der Etablierung und Sicherung des, wie es unfreiwillig komisch hieß, „real existierenden Sozialismus“ kommen.

Eine Diktatur der „Avantgarde des Proletariats“, die nach Lenins Meinung durch die kommunistische Partei repräsentiert wird? Auch das trifft auf die DDR nicht zu. Dies aus mehreren Gründen. Die nicht kommunistische, sondern „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ unterschied sich ganz wesentlich von der kommunistischen Partei Lenins und Stalins. Die SED war und konnte schon deshalb nicht so mächtig wie die KPdSU sein, weil sie ihre Entstehung und Macht vor allem, wenn nicht sogar allein der Partei- und Staatsführung der Sowjetunion verdankte.

Die Führer der SED waren schon wegen der Abhängigkeit der DDR von der SU längst nicht so mächtig wie es Lenin und Stalin in der Sowjetunion gewesen waren. Sowohl

Ulbricht wie Honecker haben es nicht vermocht, ihre innerparteilichen Konkurrenten so auszuschalten, wie es Lenin und noch mehr Stalin getan haben. Folglich konnten sie von einer Fronde innerhalb des Politbüros abgesetzt werden. Etwas überspitzt formuliert war die DDR eine Diktatur ohne einen – allmächtigen – Diktator.

Kann man die DDR deshalb als eine Partei-Diktatur bezeichnen? Auf den ersten Blick zweifellos. Die SED hat sich die Macht nicht mit den in der DDR noch bestehenden anderen Parteien geteilt, sie hat diese mit Recht als „Blockflöten“ verspotteten Blockparteien beherrscht. Alle Organe der Exekutive – von der Regierung über die Armee bis hin zur Staatssicherheit – unterstanden der Partei und wurden von ihr kontrolliert.

Dennoch war die Partei-Diktatur in der DDR nicht so monokratisch strukturiert wie es die in der Sowjetunion ohne Zweifel war. In der DDR waren die polykratischen Aspekte stärker ausgebildet. Einige Mitglieder des Politbüros verfügten über mehr Macht als die übrigen. Dies gilt vor allem für Erich Mielke, dessen Stasi zwar immer nur „Schwert und Schild der Partei“ sein wollte, tatsächlich aber weit mehr, nämlich fast schon ein Staat im Staate, bzw. eine Diktatur innerhalb der Diktatur war.

Kann man den SED-Staat daher als Stasi-Staat und das diktatorische System als Sta-

si-Diktatur bezeichnen? Dieser Eindruck ist in den letzten Jahren vermittelt worden. Dies keineswegs nur von den neuen DDR-Forschern, welche die DDR in der Regel von außen und von oben analysiert haben, sondern auch von vielen DDR-Bürgern, die immer wieder auf die (vermeintliche) Allmacht der Stasi verwiesen haben, um das weitgehend und lange Zeit völlige Fehlen des Widerstandes gegen die DDR-Diktatur zu begründen.

Bei allem Respekt für den Widerstand der DDR-Bürger, der 1989/90 mit (!) zum Untergang der DDR geführt hat – Fakt ist, dass die DDR zu den Diktaturen der Geschichte gehörte, in denen es den geringsten Widerstand gegeben hat. Das war nicht grundlos. Mussten die oppositionellen DDR-Bürger doch jederzeit das gewaltsame Eingreifen der Sowjetunion befürchten, die mit den in der DDR stationierten Truppen über eine 500.000 Mann zählende Besatzungsarmee verfügte, die, wie am 17. Juni 1953 geschehen, jeden Widerstand nieder walzen hätte können.

Doch dies, die berechtigte Furcht vor den – häufig ironisch als „die Freunde“ titulierten – sowjetischen Truppen im eigenen Lande war nicht alles. Nicht alle, aber die weitaus meisten Bürger der DDR haben sich dem diktatorischen System nicht nur deshalb gebeugt, weil sie es mussten, sondern weil sie es akzeptierten, solange ihnen neben einigen alltäglichen sozialen Freiräumen ein

allgemeiner sozialer Wohlstand garantiert und gesichert wurde.

Natürlich waren die sozialen Freiräume im wörtlichen Sinne begrenzt und der Wohlstand relativ, weshalb immer mehr Reisefreiheit und eine Angleichung an den höheren Lebensstandard in der BRD forderten, dennoch hatten sich viele – zum Schluss aber immer weniger – mit dem Leben in dieser Diktatur abgefunden. Sie haben die Diktatur nicht nur ertragen, sondern mit getragen. Daher war die Diktatur der DDR nicht nur eine Diktatur über oder gegen das Volk, sondern eine Diktatur des Volkes.

In dieser Hinsicht ähnelte die Diktatur der DDR der nationalsozialistischen Diktatur, bzw. dem nationalsozialistischen „Volkstaat“, in dem es eine ähnliche, ja sogar noch größere Zustimmungsbereitschaft der „Volksgenossen“ gegeben hat. Doch dies ist kein Grund, die DDR als „zweite deutsche Diktatur“ zu bezeichnen. Sie unterscheidet sich von der ersten nationalsozialistischen Diktatur in ganz fundamentaler Hinsicht. Hier ist nicht nur auf die Megaverbrechen des nationalsozialistischen Raub- und Vernichtungskriegs und des Holocaust zu verweisen, für die es in der DDR kein Analogon gibt. Die nationalsozialistische Diktatur war weitaus terroristischer als die so genannte realsozialistische. Außerdem handelte es sich beim nationalsozialistischen um einen Rassenstaat, in dem keineswegs nur politisch Oppositionelle, sondern in dem dar-

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Zur Diskussion

über hinaus alle „rassefremden,“ „erbkranken“ und „asozialen Elemente“ verfolgt und ermordet wurden. Der nationalsozialistische Rassenstaat ist allenfalls mit einigen anderen faschistischen Diktaturen zu vergleichen. Von der realsozialistischen Diktatur des Volkes in der DDR unterscheidet er sich grundlegend. Das Gerede von der „zweiten deutschen Diktatur“ sollte aufhören. Wir sollten die DDR weder dämonisieren noch trivialisieren.

Über den Autor

Prof. Dr. Wolfgang Wippermann ist Historiker und außerplanmäßiger Professor für Neuere Geschichte am Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin.

DDR – SED-Diktatur – Unrechtsstaat – Totalitarismus? Zur Auseinandersetzung mit schwierigen Begrifflichkeiten

Von Christoph Kleßmann

Dass eine demokratische Gesellschaft Geschichte und historische Reflexion braucht, um die Zukunft zu gestalten, ist nicht nur ein für Festreden gängiger Topos. Er wird auch durch Abnutzung nicht falsch. Vor allem die Geschichte untergegangener Diktaturen bildet dabei eine besondere Herausforderung. In der schulischen und außerschulischen Arbeit ist die Forderung nach Aufarbeitung einer schlimmen Vergangenheit zu Recht unstrittig. Sie kann aber auch leicht ins Abseits führen, wenn aus Überfütterung mit politisch und pädagogisch gut gemeinten Angeboten Überdruß entsteht. Also: die richtige Form und die richtige Dosierung sind wichtig.

Für die Zeitgeschichte als die Geschichte der jeweils Mitlebenden bleibt es ein Problem, dass die Erfahrungswirklichkeit vieler Zeitgenossen als Zeitzeugen oft anders aussah und aussieht als das, was professionelle Geschichtswissenschaft, Publizistik und politische Bildung offerieren. Für die NS-Zeit ist das mittlerweile wohl kein Problem mehr, weil die Zahl derer, die diese Zeit als Erwachsene erlebt haben, gering geworden ist. Anders ist es für die Aufarbeitung der SED- und anderer kommunistischer Diktaturen nach 1945. Bereits beim Begriff der Diktatur beginnt diese Problematik.

Seit dem Herbst 1989, als sich das Ende der DDR abzuzeichnen begann, ist der Diktaturvergleich populär geworden. Zuvor hatte kaum noch jemand den Begriff Diktatur für die DDR als international anerkannten zweiten deutschen Staat verwendet, obwohl jeder Besucher des „Arbeiter-und-Bauern-Staates“ diesen Charakter erkennen konnte und die SED schließlich selber eine „Diktatur des Proletariats“ auszuüben beanspruchte. Was aber vor allem nach der Erstürmung der regionalen und zentralen Stasizentralen 1990 und der Veröffentlichung geheimer Partei-Materialien zu Tage kam, war erschreckend und revidierte schnell das Bild eines moderaten kommunistischen Regimes, das seit der Entspannungspolitik und der relativen politischen „Normalisierung“ des deutsch-deutschen Verhältnisses verbreitet war. Dennoch erschien vielen ehemaligen DDR-Bürgern jeder Vergleich von NS- und SED-Diktatur – der ja keineswegs eine Gleichsetzung bedeutete, aber häufig so verstanden wurde – zunächst wie eine Beleidigung, gehörte doch der Antifaschismus zum Markenzeichen des zweiten deutschen Staates. Dass dieser offiziöse Antifaschismus nun schnell und gründlich als Legitimationsideologie entzaubert wurde und auch entzaubert werden musste - nicht nur wegen der zynisch-grotesken Etikettierung der Berliner Mauer als „antifaschistischer Schutzwall“ - gehörte zu den Startproblemen der ostdeutschen Gesellschaft ins überraschend wiedervereinigte Deutschland.

Welche Erkenntnisse konnte und kann der Diktaturvergleich bringen oder war er von

Anfang an angesichts der enormen Unterschiede deplatziert? Ohne Frage schossen damals nach dem Ende der DDR etliche Kommentatoren in West und Ost übers Ziel hinaus. Denn die Unterschiede zwischen den beiden deutschen Diktaturen sind nicht nur in den Verbrechensdimensionen so eklatant, dass ein Vergleich an sich schon wie ein Trivialisieren der Nazidiktatur erscheinen kann. Auch der Zeitraum erfordert einen differenzierenden Blick: zwölf Jahre NS-Diktatur, davon sechs Jahre Weltkrieg, versus 40 Jahre Geschichte eines kleinen „realsozialistischen“, von Moskaus Gnaden abhängigen Staates. Insofern hielt die linke Wochenzeitung „Freitag“ provokant dagegen, wenn sie am 22. November 1991 schrieb: „Die Stasi war, verglichen mit der Gestapo, harmlos; die DDR unter Honecker, verglichen mit Nazideutschland, eine Oprettendiktatur.“

Eine solche Formulierung würde heute wohl niemand mehr wählen, weil sie eine Beleidigung für die Opfer ist. Sie unterstreicht aber pointiert die beträchtliche Differenz zwischen beiden Diktaturen. Kommunismus und Nationalsozialismus waren in der Tat zwei Paar Stiefel. Aber Stiefel waren beide. Diktaturen lassen sich trotz aller Unterschiede im Gegensatz zu Demokratien relativ eindeutig definieren. Schwieriger wird es bei der Kennzeichnung als totalitäre Diktaturen. Auch dieses Etikett erfuhr seit 1990 eine bemerkenswerte Renaissance für die DDR. Der nahezu selbstverständliche verwandte und meist wenig reflektierte Totalitarismusbegriff war im Westen, vor allem in

den 1950er Jahren zu einem analytisch wenig brauchbaren Kampfbegriff degeneriert. Im Osten wurde er ebenso vehement wie unreflektiert abgelehnt. Die Totalitarismusdebatte sowohl für den Nationalsozialismus wie für den Kommunismus/Stalinismus litt aber seit den 1970er Jahren zumindest in Deutschland – interessanterweise nicht in Polen – zunehmend an intellektueller Schwindsucht. Für die (alte) Bundesrepublik war die DDR als „ein Staat, der nicht sein darf“, wie Ernst Richert 1966 durchaus doppeldeutig formulierte, bis in die sechziger Jahre kein ernsthafter Gegenstand der Wissenschaft und der politischen Bildung. Er war jedoch ein wichtiges Element im Selbstverständnis, nämlich als Ankerpunkt für die Abgrenzung vom „roten Totalitarismus“ und für den doppelten antitotalitären Konsens als normative Basis des demokratischen Systems Westdeutschlands. Die Vehemenz dieser Abgrenzung ließ jedoch mit der politischen Anerkennung der DDR 1972 (Grundlagenvertrag) allmählich nach.

Die Intensität der Diskussionen und die Schärfe der Kritik an der SED-Diktatur nach der Wiedervereinigung verweisen auf den inneren Zusammenhang der beiden Aufarbeitungsphasen. Ohne 1945 ist der Umgang mit 1989 nicht zu verstehen. Es sollte sich nicht wiederholen, was in den 1950er Jahren in der Bundesrepublik, auf andere Weise aber auch in der DDR versäumt worden ist – darüber gab es Konsens in der politischen Klasse. Das ist ohne Frage auch gelungen. Die umfassende kritische Aufarbeitung begann sofort nach dem Ende der DDR, auch

wenn immer wieder die angeblich unzureichende Auseinandersetzung angeprangert worden ist.

Dass die DDR – wie alle kommunistischen Staaten – eine von der Alleinherrschaft der führenden Partei bestimmte Diktatur war, dürfte heute nicht nur unter Fachleuten kaum mehr strittig sein, auch wenn ein genauerer Blick auf Politik und Gesellschaft eine deutliche Differenzierung nach Phasen erfordert. Wieweit die DDR auch pauschal als „Unrechtsstaat“ zu charakterisieren ist, wie eine kurzzeitige, aber heftige öffentliche Debatte suggerierte, bleibt dagegen umstritten. Aus meiner Sicht führt dieses Etikett nicht weiter. Denn es ist einerseits trivial, weil jede Diktatur, gemessen an elementaren rechtsstaatlichen Normen, ein Unrechtsstaat ist. Andererseits gehen das soziale Leben und auch das Funktionieren von Wirtschaft, Verwaltung und Kultur in dieser Kennzeichnung nicht auf. Die Erfahrungswirklichkeit der betroffenen Zeitgenossen umfasst zudem ein viel breiteres Spektrum als die unbezweifelbar fehlende Rechtsstaatlichkeit. Das muss in eine historische Gesamtbilanz einbezogen werden. Erforschung und Diskussion der DDR-Geschichte kann sich deshalb weder in einer SED- oder Stasi- noch in einer Geschichte des Unrechtsstaates erschöpfen. Sie muss alle Dimensionen umfassen, wenn sie glaubwürdig sein soll. Dieses Plädoyer für Differenzierung, Einbeziehung ganz unterschiedlicher Erfahrungen und Vorsicht statt medialer Paukenschläge, aber auch für Nüchternheit gegenüber menschlichen Verhaltenswei-

sen unter repressiven Bedingungen ist kein „Weichspülen“ der SED-Diktatur. Aber es macht den Rückblick auf Diktaturgeschichte so widersprüchlich wie sie war.

Dieser Text lehnt sich an zwei Aufsätze von mir an: Zwei Diktaturen in Deutschland, in: Deutschland Archiv 25(1992), S. 601-606. Ferner: Die zweite Chance oder das Recht auf politischen Irrtum, in: Perspektive 21. Brandenburgische Hefte für Wissenschaft und Politik, Heft 49/September 2011, S.25-32.

Über den Autor

Prof. Dr. Christoph Kleßmann, Historiker, von 1996 bis 2004 Direktor des Zentrums für Zeit-historische Forschung, Potsdam. Gastwissen-schaftleraufenthalte in Warschau, Paris, Leipzig, Bloomington/Indiana, Oxford. Seit 2004 emeritiert. Fachbeirat der Bundestiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Arbeitsschwerpunkte in Forschung und Lehre: deutsche und polnische Geschichte des 20. Jahrhunderts, insbesondere der NS-Zeit, der Bundesrepublik und der DDR.

Spezifika der SED-Diktatur

Bernd Faulenbach

Charakterisierungen des SED-Systems seit 1989 reichen vom Begriff der „kommoden Diktatur“ über den „Unrechtsstaat“ bis zur „totalitären Diktatur“. Die Begriffsbildung, die häufig nur einen Aspekt hervorhebt (etwa im Begriff „Fürsorgediktatur“), ist schwierig wegen recht widersprüchlicher historischer Befunde und der Dauer der SED-Diktatur, die sich im Laufe ihrer Geschichte durchaus verändert hat.

Der ausgesprochen kritisch gemeinte Begriff „Unrechtsstaat“ hebt darauf ab, dass die SED-Diktatur für vielfältiges Unrecht und damit verbundenes menschliches Leid verantwortlich ist. Unübersehbar ist etwa die große Zahl politischer Häftlinge, die überwiegend nur deshalb verurteilt wurden, weil sie das Land verlassen oder die politischen Verhältnisse in Frage gestellt oder auch nur kritisiert haben. Dass seit den 1960er-Jahren ein Teil der Häftlinge gegen Warenlieferungen an den Westen verkauft (bzw. von diesen freigekauft) wurden, lässt sich als kennzeichnend für den Zynismus der Führungsschicht in humanitären Fragen interpretieren. Die SED-Diktatur war sicherlich kein Rechtsstaat, es gab keine Gewaltenteilung und die Geltung von Menschen- und Bürgerrechten war eingeschränkt. Die „sozialistische Gesetzlichkeit“ legitimierte die politische Instrumentalisierung des Rechtes, die auch durch höchst vage Begriffe wie „Boykotthetze“ oder „staatsfeindliche Hetze“ oder auch die weite Fassung von Spiona-

ge und nachrichtendienstlicher Tätigkeit als Strafbestände erleichtert wurde. Obgleich die Rechtssicherheit im Laufe der Zeit - abgesehen vom politischen Bereich - zunahm, rangierte letztlich eben die Macht der Partei vor dem Recht.

Keine Frage, dass der SED-Staat eine Diktatur war, die die Gesellschaft „durchherrschte“ - in welchem Maße, ist für die verschiedenen Phasen jeweils genauer zu bestimmen. Die „Organisationsgesellschaft“ war - sieht man von den Kirchen ab - weitgehend auf Staat und Parteien bezogen. Partei und Staat erhoben gegenüber der Gesellschaft einen ideologisch begründeten totalen Gestaltungsanspruch, ohne diesen jedoch durchsetzen zu können oder auch zu wollen. Seit den 1970er Jahren reichte der Partei eine weitgehende Kontrolle, der neben der die Gesellschaft durchdringenden Staatssicherheit auch die Militarisierung der Gesellschaft diente. Dies schloss nicht aus, dass die Partei innerhalb eines bestimmten Spektrums eine relativ offene Willensbildung zuließ - etwa im Bereich der Wissenschaften oder auch auf der betrieblichen Ebene. Relative Freiräume konnten freilich immer wieder eingeschränkt werden, so dass der Begriff „Konsensdiktatur“ für den SED-Staat nicht wirklich tauglich ist. In jeder Phase der DDR-Geschichte wahrten größere Teile der Bevölkerung eine gewisse Distanz zum Regime bzw. arrangierten sich mit diesem nur äußerlich und pflegten den „Eigensinn“ ihrer Lebenswelt. Ansätze politischer Opposition wurden freilich selbst noch in den 1980er Jahren verfolgt.

Ein Vergleich mit den anderen kommunistischen Diktaturen in Osteuropa lässt gewisse nationale Einfärbungen der verschiedenen Diktaturen erkennen. Die Geschichte der SED-Diktatur zeigt jedoch, dass diese Diktatur - nach vergeblichen Versuchen in der frühen Nachkriegszeit, einen nationalen Auftrag zu reklamieren - auf keine nationale Legitimationsgrundlage zurückgreifen konnte, umgekehrt aber auf den anderen größeren und erfolgreicherer deutschen Staat fixiert blieb und sich deshalb immer besonders forciert vom Westen abzugrenzen versuchte (auch in Phasen der Ost-West-Entspannung). Dazu passte, dass die SED-Führung die meiste Zeit zu den ideologischen Hardlinern im sowjetkommunistischen Bereich gehörte und lange als besonders moskauhörig galt, was sich erst in der Phase der Perestroika änderte. Zweifellos war sie auch in besonderer Weise von Moskau abhängig und hatte auch aus Moskauer Sicht herausragende Bedeutung für die Kontrolle des kommunistischen Lagers.

Vergleiche zwischen SED-Diktatur und NS-Diktatur waren und sind umstritten. Gewisse phänomenologische Ähnlichkeiten sind offensichtlich: eine Ideologie (die freilich beim SED-System mit dem Marxismus-Leninismus ungleich konsistenter war als beim NS), ein Einparteiensystem, das in der DDR durch die Fassade der Nationalen Front kaum verdeckt war, Herrschaft mit Hilfe von Geheimpolitik und Propaganda, totale Kontrolle und gegebenenfalls auch innenpolitischer Einsatz der Streitkräfte usw. Dabei galten diese Merkmale für die frühe

DDR stärker als die spätere. Zugleich jedoch sind große Unterschiede zwischen beiden Diktaturen unübersehbar: Die NS-Diktatur beherrschte ganz Deutschland und war eine gleichsam autochthone deutsche Diktatur, während die auf Ostdeutschland (das frühere Mitteldeutschland) begrenzte SED-Diktatur unter wesentlicher Beteiligung einer auswärtigen Macht, der Sowjetunion, entstand, die ihr Modell mit gewissen Modifikationen auf dieses Land übertrug, obgleich dessen Struktur und Entwicklungsstand deutliche Unterschiede aufwies. Insofern verkörperte die SED-Diktatur eine von außen stark beeinflusste, „penetrierte“, gleichsam abgeleiteter Diktatur, die nur schrittweise ein wenig Selbstständigkeit erlangte. Nicht nur die Ideologie war gegensätzlich, sondern auch die Herrschaftstechnik teilweise unterschiedlich. Die NS-Diktatur setzte - trotz der auch hier unübersehbaren Einschüchterung der Bevölkerung - stärker bei den Subjekten an und versuchte, diese permanent zu mobilisieren, während die kommunistische Herrschaft lange Zeit stärker mit äußerem Zwang und bürokratischer Herrschaft arbeitete, was teilweise sogar für die Willensbildung in der Kaderpartei galt. Nicht zuletzt führte NS-Deutschland einen Vernichtungs- und Eroberungskrieg und war für den Juden-Genozid, ein einzigartiges Menschheitsverbrechen, verantwortlich; die von der SED-Diktatur verübten Verbrechen sind in keiner Weise vergleichbar. Wenn man Menschheitsverbrechen vergleichen will, so müsste man NS-Deutschland mit der stalinistischen Sowjetunion vergleichen, was allerdings

ebenfalls Unterschiede zeigen würde.

Untersuchen ließen sich Fragen von Kontinuität und Diskontinuität zwischen den beiden aufeinanderfolgenden Diktaturen, wobei nicht nur nach Strukturen zu fragen wäre, sondern auch nach politisch-kulturellen Einstellungsmustern. Viele Fragen sind bezogen auf die SED-Diktatur noch nicht wirklich beantwortet. In der DDR herrschte eine kommunistische Diktatur, die manche Besonderheiten aufwies.

Über den Autor

Prof. Dr. Bernd Faulenbach ist Historiker am Forschungsinstitut Arbeit, Bildung, Partizipation und an der Fakultät für Geschichtswissenschaft der Ruhr-Universität in Bochum. Er ist u.a. stellvertretender Vorsitzender des Stiftungsvorstandes der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Die „Theorie der zwei Dämonen“ in Argentinien

Von Alexander Hasgall

Als am 24. März 1976 Panzer durch die Straßen von Buenos Aires rollten und unter der Leitung des Armeegenerals Jorge Videla eine Militärjunta die Macht im Lande übernahm, wurde diese von verschiedenen Teilen der Gesellschaft gestützt. Medien, Kirchen und Berufsverbände unterstützten die neuen Machthaber. Auch von einem relevanten Anteil der Bevölkerung wurde die Intervention der Streitkräfte gut geheiß. Als 1983 das Land sich wieder demokratisierte, wurde diese gesellschaftliche Unterstützung der Armee kaum thematisiert. Vielmehr diente eine unter der Bezeichnung „teoría de los dos demonios“ (Theorie der zwei Dämonen) bekannt gewordene Extremismusthese, die Gesellschaft primär als Opfer extremistischer Gewalt darzustellen. Im Folgenden soll es darum gehen, diese Entwicklung nachzuzeichnen.

Als das Militär im Frühjahr gewaltsam 1976 die Macht übernahm, befand sich Argentinien in eine stetig zunehmende Krise. Dazu gehörten sowohl eine eskalierende politische Gewalt wie eine desaströse Lage der Wirtschaft. Rechtsextreme Todesschwadronen bedrohten und ermordeten linke Aktivisten, während radikale linke Gruppen wie die Montoneros Bombenanschläge verübten. Nach zeitgenössischen Angaben der argentinischen Tageszeitung „La Opinión“ kam es im März 1976 alle fünf Stunden zu einem politischen Mord und alle 3 Stunden

explodierte eine Bombe (Novaro/ Palermo 2003: 17). Hinzu kam eine astronomische Inflation von 566 % zwischen März 1975 und März 1976.

In dieser Situation war die Forderung nach Ordnung und harter Hand im Land durchaus verbreitet. Viele akzeptierten die Rolle der Armee als Ordnungsmacht, zumal diese seit den 1930er-Jahren schon mehrfach in die Geschicke des Landes eingegriffen hatte. Vielen Argentinier/innen war damals auch nicht klar, dass es der Militärführung nicht „alleine“ darum ging, sich kurzfristig als Ordnungsmacht zu etablieren. Die rechtsgerichteten Militärs wollten mittels selbst für argentinische Verhältnisse ungekannter Brutalität ein für alle Male die sogenannte (linke) Subversion physisch vernichten und die politische Landschaft des Landes grundlegend verändern.

Vor allem in den beiden Jahren der Juntaherrschaft verschwanden etwa 10.000 Menschen, das heißt sie wurden entführt, gefoltert und ermordet. Jeder Versuch, offen gegen diese Politik einzutreten war lebensgefährlich. Wer die Verbrechen allzu offen im Land thematisierte drohte selbst zum Opfer zu werden. „Por algo será“ – es wird schon seinen Grund haben – war eine verbreitete Reaktion, wenn Menschen verschwanden.

Spätestens nach der Niederlage im Falklandkrieg, als schlecht vorbereitete Truppen gegen die Britische Armee untergingen, hatten die Militärs jeden Kredit verspielt. Es kam 1983 zu demokratischen Wahlen. Diese

gewann der Menschenrechtsanwalt Raúl Alfonsín, der seine Kampagne unter dem Slogan „Frühling der Demokratie“ stellte.

Schon kurz nach seiner Amtseinführung setzte Alfonsín auf eine vorsichtige Vergangenheitsaufarbeitung. Neben Strafprozessen gegen die oberste Führung von Militär und Guerillaorganisationen stellte er die eine Wahrheitskommission, die CONADEP (Nationale Kommission über das Verschwinden von Personen) in das Zentrum seiner Vergangenheitspolitik. Sie sollte das Schicksal der Verschwundenen aufarbeiten. Ihr gehörten Vertreter verschiedener relevanter gesellschaftlicher Bereiche an, Vorsitzender war der Literaturnobelpreisträger Ernesto Sábato. Nach 9 Monaten Arbeit veröffentlichte diese Ihren Schlussbericht unter dem Titel „Nunca Más“ (Nie Wieder). In einer Einleitung stellte Sábato die Diktatur in einen historischen und gesellschaftlichen Kontext. Dabei bildet der erste Satz den umstrittensten des ganzen Textes:

„In den 70er Jahren wurde Argentinien durch einen Terror erschüttert, der sowohl von der extremen Rechten wie auch von der extremen Linken ausging, ein Phänomen, das in vielen anderen Ländern existierte.“ CONADEP 2009 (1984): 11. Übersetzung A.H.

Sábato wurde oft vorgeworfen, an dieser Stelle die „Theorie der zwei Dämonen“ vertreten zu haben. Demnach hätte Argentinien am Vorabend des Putsches im Würgegriff linker und rechter Extremisten gestanden. Jedoch verharmlost der Autor in keiner Weise die

Verbrechen der Militärjunta. Auch lässt sich eine Gleichsetzung von Guerilla und Militär lässt sich nicht ableiten. Vielmehr wird, wie auch im Rest des Textes deutlich wird, das Narrativ dazu benutzt, die argentinische Gesellschaft größtenteils als passiv und Opfer der Verhältnisse erscheinen zu lassen.

Diesen Gedanken setzen Sábato noch fort als er später schreibt:

„Im Hinblick auf die Gesellschaft schlug die Vorstellung der Schutzlosigkeit Wurzeln, die dunkle Angst, dass jeder, so unschuldig er auch sein mochte, dieser Hexenjagd zum Opfer fallen konnte.“ CONADEP, ibid.

Diese Fokussierung auf ein kollektives Opfernarrativ führte auch dazu, dass die militante Vergangenheit vieler Repressionsopfer, die sich in radikalen linken Gruppen organisierten, keine Rolle spielte. Sie wurden entpolitisiert. Zugleich werden die Jahrzehnte alten, heftigen politischen und sozialen Konflikte im Lande überdeckt. War die Gesellschaft in ihrer Selbstwahrnehmung als Ganzes alleine ein potenzielles Opfer der Junta, so kann sie vereint und ohne Reflexion auf eigene Verantwortlichkeiten einen Neubeginn wagen. Auch opportunistisches Verhalten Einzelner wurde unter der generalisierten Opferexistenz subsummiert.

Sábato wurde verschiedentlich kritisiert. Angehörige von Verschwundenen warfen ihm vor, die Verantwortlichkeit des Militärs und den rechten Terror gegen die Aktionen der Linken aufzurechnen. Die Armee wiederum sah ihr Selbstbild, sie hätten letztlich das Vaterland vor einer Bedrohung durch

den Weltkommunismus bewahrt würde, dadurch in Frage gestellt. Erst als in den 1990er Jahren eine neue Generation von Militärführern an die Macht gelangte, kam es ein Stück weit zu einer kritischen Revision dieses Selbstbildes.

Mit der Wahl des Linksperonisten Nestór Kirchner 2003 zum Staatspräsidenten veränderte sich die erinnerungspolitische Landschaft Argentiniens. Dazu gehörte auch 2006 eine Neuauflage des Nunca Más, mit einem zusätzlichen Prolog des damaligen Argentinischen Menschenrechtsbeauftragten Eduardo Luis Duhalde, worin er sich sehr klar von Sábato abgrenzte. Zugleich kam es in den letzten Jahren zu einer verstärkten akademischen Diskussion über die Rolle der argentinischen Gesellschaft. Insbesondere die enge Kooperation zwischen Wirtschaftsführern und der Militärjunta wurde zum Thema. Mit der Zeit hat sich also die Wahrnehmung der argentinischen Militärdiktatur verändert. Beim Nachzeichnen dieser Entwicklung zeigt sich, wie ein Extremismusbegriff dazu dienen kann, historische Ereignisse aus ihrem gesellschaftlichen Kontext zu reißen und einen Mythos der „Stunde Null“ zu befördern.

Weiterführende Literatur:

Aguila, Gabriela (2008): Dictadura, represión y sociedad en Rosario, 1976/1983. Un estudio sobre la represión y los comportamientos y actitudes sociales en dictadura. Buenos Aires: Prometeo.

CONADEP (2009 (EA 1984)): Nunca más. Informe de la Comisión Nacional sobre la Desaparición de Personas. Buenos Aires: Eudeba.

Crenzel, Emilio (2008): La historia política del nunca más. La memoria de las desapariciones en la Argentina. Buenos Aires: Siglo Veintiuno Ed. Argentina.

Novaro, Marcos; Palermo, Vicente (2003): La dictadura militar, 1976–1983. Del golpe de Estado a la restauración democrática. Buenos Aires: Paidós.

Über den Autor

Alexander Hasgall ist Historiker und Publizist. Seine Promotion trägt den Titel „Regime der Anerkennung in Argentinien (1976-1995). Der Kampf um Wahrheit und Recht im Umgang mit der letzten Militärdiktatur.“

Die DDR – ein Unrechtsstaat?

Von Thomas Spahn

„[...] Ich verwahre mich aber dagegen, die DDR als totalen Unrechtsstaat zu verdammen, in dem es nicht das kleinste bisschen Gutes gab. Allerdings stimmt: Der Staat machte vielfach, was er wollte. Es gab keine Kontrolle durch unabhängige Gerichte. Insofern hat zur DDR immer auch ein Schuss Willkür und Abhängigkeit gehört.“ (1)

Mit dieser Antwort auf die Frage eines Journalisten, ob die DDR eine Diktatur gewesen sei, löste der Ministerpräsident Mecklenburg-Vorpommerns, der aus Westdeutschland stammende SPD-Politiker Erwin Sellering, im Frühjahr 2009 eine öffentliche Debatte über die Bewertung der Geschichte der DDR aus. Der vorliegende Unterrichtsvorschlag zeigt auf, wie diese Kontroverse im (gymnasialen) Geschichtsunterricht der Jg. 10-12 thematisiert werden kann. Durch die alltagstaugliche Konzeption als 45-minütige, problemorientierte Unterrichtsstunde findet so eine geschichtskulturelle Debatte Eingang auch in den Geschichtsunterricht in Zeiten von G8 und verdichteter Curricula. Möglichkeiten zur Vertiefung werden dabei beschrieben.

Über den Begriff und die Debatte

Spitzenpolitiker aller Parteien meldeten sich in der medial präsenten Kontroverse zu Wort. Die Bezeichnung der DDR als Unrechtsstaat eindeutig bejahenden Äußerungen, etwa Angela Merkels oder Marianne Birthlers, standen vielfache Kom-

mentare gegenüber, die dies ablehnten und – implizit wie Sellering oder unverhohlen – das im SED-Staat geschehene Unrecht relativierten. In einer Umfrage von März 2009 gaben 41 Prozent der Ostdeutschen an, den Begriff abzulehnen. (2)

Um diese Zahlen und das Entfachen der Debatte an sich zu erklären, reicht der Blick in die Geschichte der DDR nicht aus. Weder im gesellschaftlichen Diskurs noch in der Fachwissenschaft ist strittig, dass fehlende Unabhängigkeit der Justiz, nicht vorhandene Gewaltenteilung, Unfreiheit der Wahlen, Verstöße gegen elementare Menschenrechte und systematische Verfolgung oppositioneller Kräfte entscheidende Merkmale der SED-Herrschaft ausmachten. (3) Darüber herrscht, einige wenige in Bezug auf die DDR reaktionär Argumentierende ausgenommen, breiter Konsens in Ost und West.

Vielmehr ist es notwendig, die biographischen Erfahrungen der ostdeutschen Bevölkerung, gerade auch die vielfachen Brüche in ostdeutschen Biographien mit in den Blick zu nehmen. Die persönliche Biographie, das Alltagsleben und Staatstätigkeit „schieben sich in der heutigen Wahrnehmung der DDR aus Sicht vieler Ostdeutscher übereinander“. (4) Die Bezeichnung der DDR als Unrechtsstaat wird mit der Entwertung ganzer Lebensläufe gleichgesetzt. Die gesamte DDR-Bevölkerung stünde „flächendeckend moralisch unter Verdacht“, „alle Lebensbereiche in der DDR“ (5) seien von dieser Wertung betroffen. Nach diesem Verständnis wäre das viel zitierte „richtige Leben im Falschen“ gar nicht möglich

gewesen – auch nicht in der „Nische“ des Alltags. Als weitere Folge werden die als positiv empfundenen Seiten des privaten Alltags, etwa der gegenüber der erlebten Gegenwart oft höhere Grad der sozialen Absicherung, dem Konto des Staats DDR zugeschrieben – losgelöst aus dem historischen Kontext des Staatsbankrotts. (6)

Die Debatte um die Bezeichnung der DDR als Unrechtsstaat geht also über den Gehalt des Begriffs hinaus. Der wissenschaftliche Begriff Unrechtsstaat bezeichnet „eine bestimmte Art eines staatlichen Regimes, das sich vom Gegenmodell des Rechtsstaats [...] grundsätzlich abhebt“. (7) Rechtsstaatliche Grundsätze – u. a. Unabhängigkeit der Gerichte, Gewaltenteilung, Verwaltungsgerichtsbarkeit oder Schutz des Privateigentums – erfüllte die DDR eindeutig nicht. So ist der Begriff Unrechtsstaat per se kein „politischer Kampfbegriff“. (8)

Voraussetzungen

Die Stunde eignet sich aufgrund ihres Schwerpunkts in der Deutung und Reflexion besonders gut für den Abschluss einer Unterrichtsreihe zur Geschichte der DDR oder zur deutsch-deutschen Geschichte. Nicht zu empfehlen ist es wohl zumeist, die Stunde losgelöst von dieser thematischen Einbettung zu unterrichten. Dann ist die Gefahr zu groß, dass fehlendes Sachwissen einem begründeten Urteil der Schülerinnen und Schüler im Wege steht.

In leistungsstarken Lerngruppen der Sek. II, etwa in einem Unterrichtsvorhaben zu geschichtskulturellen Kontroversen, ist

die Unterrichtsstunde indes auch als singuläre Stunde zu unterrichten – das notwendige Vorwissen über die DDR-Geschichte vorausgesetzt.

Didaktische Überlegungen

Der Zugang von Heranwachsenden zum Thema DDR ist dadurch erschwert, dass diese, anders als die Mehrheit unserer Gesellschaft heute, die Ereignisse der Friedlichen Revolution und der Deutschen Einheit nicht erlebt haben. So verwundert es nicht, dass Studien wiederholt teils eklatante Wissensdefizite der heutigen Schülergeneration hinsichtlich der DDR-Geschichte thematisierten. (9)

Geschichtsunterricht zur DDR muss in den Blick nehmen, dass die Lernenden in ihrer Lebenswelt durchaus mit der DDR-Geschichte konfrontiert sind – sei es in deren popkulturellen Repräsentation auf „Ost-Ampelmännchen“ abbildenden T-Shirts und in „Ostalgie-Shows“ oder in geschichtskulturellen Repräsentationen in Form von in Form von Gedenktagen und -veranstaltungen. Er muss den Schülerinnen und Schülern fundiertes Sachwissen über die Geschichte der DDR vermitteln. Auf dessen Grundlage können sie dann anhand der gegenwärtigen DDR-Erinnerung exemplarisch reflektieren, wie Geschichte in unserer Gesellschaft erinnert wird und die dahinterliegenden Absichten dieser Rekonstruktion zu bewerten.

Anhand der öffentlichen Debatte um die Bezeichnung der DDR als Unrechtsstaat können sich die Schülerinnen und Schüler

exemplarisch mit konkurrierenden Deutungen der DDR-Geschichte auseinandersetzen. Auf Grundlage der kontroversen Positionen Schwans und Birthlers und ihres Vorwissens können die Lernenden in der zentralen Vertiefungsphase der Unterrichtsstunde zu einem eigenen Werturteil gelangen. Potenziell besteht hier die Möglichkeit, die allgegenwärtige geschichtsdidaktische Forderung nach Perspektivität, Kontroversität und Pluralität (10) umzusetzen – natürlich unter Beachtung des auch für historisches Lernen relevanten „Beutelsbacher Konsens“.

Auch wenn leistungsstärkere Schüler bereits ohne Erarbeitung der beiden im Zeit-Artikel ausgeführten Perspektiven mitunter zu einer Diskussion und einem reflektierten Sach- und Werturteil über die thematisierte Debatte imstande wären, birgt der Text über eine breitere Beteiligung der Lerngruppe hinausgehende didaktische Vorzüge. Zum einen können die Schüler anhand des bearbeiteten Materials ihre Fertigkeit schulen, zielgerichtet unterschiedliche Argumentationen aus einem Sachtext herauszuarbeiten.

Zum anderen ist gerade für heftig ausgefochtene geschichtspolitische Debatten ein sachlicher, analytischer Zugang unabdingbar, statt auf der Ebene plakativer Allgemeinplätze zu verharren, die leider zu oft die mediale Darstellung solcher Debatten bestimmt. Dies leistet der gekürzte Artikel aus der Zeit, etwa durch die Begriffsklärung von Rechtsstaat und Unrechtsstaat. Dabei wurde der Artikel im Sinne der didaktischen Reduktion und der unterrichtlichen Ver-

wendbarkeit so gekürzt, dass auch ohne Rückgriff auf den Artikel Gesine Schwans beide Positionen transparent und die Argumentationen nicht verkürzt dargestellt werden.

Die vollständigen Materialien finden Sie auf „Lernen aus der Geschichte“ zum [Download](#).

Endnoten

- (1) Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 22.03.2009.
- (2) Vgl. Holtmann 2010, S.2, S.4.
- (3) Vgl. als umfassenden Überblick Weber 2006, insbesondere S. 164-207.
- (4) Holtmann 2010, S. 4.
- (5) Schwan 2009, S. 13.
- (6) Vgl. Holtmann 2010, ebd.
- (7) Ebd., S. 5.
- (8) Ebd. Vgl. ebd., S. 6 für eine Differenzierung formaler und materialer Rechtsstaatlichkeit, auf die an dieser Stelle verzichtet wird.
- (9) Vgl. Arnswald 2005 sowie Deutz-Schroeder/Schroeder 2007, beide zitiert nach Sabrow, Martin et al. 2007.
- (10) Vgl. hierzu Bergmann 2008, insbesondere S. 40-70.

Über den Autor

Thomas Spahn ist Lehrer für Geschichte, Englisch, PGW und Audiovisuelle Medien am Gymnasium Lerchenfeld in Hamburg. Er ist dort mit der Fachleitung für die Fächer Geschichte und PGW sowie der Medienarbeit betraut. Im Auftrag des Goethe-Instituts bildet er Lehrkräfte fort und ist Mitglied der Jury beim Förderprogramm „Europeans for Peace“ der Stiftung EVZ.

Lernen aus der ■ Geschichte ■

„Die DDR – (K)Ein Unrechtsstaat?“ - Schüler/innen zum kritischen Arbeiten mit Geschichte anregen

Um eine kritische und einigermaßen differenzierte Auseinandersetzung mit der Deutschen Demokratischen Republik mit Schüler/innen durchzuführen stehen Lehrer/innen nur wenige adäquate Handreichungen zur Verfügung. Britta Wehens Unterrichtsentwurf „Die DDR – (K)Ein Unrechtsstaat?“ bietet eine solche Möglichkeit und regt neben der Aneignung historischen Wissens auch dazu an, die Auseinandersetzung mit Geschichte selbst in einen gesellschaftlichen Zusammenhang zu stellen.

Inhaltliche und didaktische Überlegungen

Grundsätzlich soll in Wehens Konzept der Frage nachgegangen werden, ob die DDR ein Unrechtsstaat war. Dabei ist „Unrechtsstaat“ nicht im streng juristischen Sinne zu sehen. Vielmehr wird Bezug genommen auf seinen verallgemeinerten Gebrauch in der öffentlichen Debatte um die Deutsche Demokratische Republik, die insbesondere seit 2009 in verstärktem Maße zu beobachten war. In dieser Auseinandersetzung, in der sich neben Angela Merkel weitere hochrangige Politiker/innen äußerten, galt der Begriff „Unrechtsstaat“ teilweise vor allen Dingen als ein Bezug unterschiedliche Formen von Ungerechtigkeit, die Personen in der DDR erfahren mussten: „Verstöße gegen geltende Werte und Normen in einem

Empfehlung Unterrichtsmaterial

demokratischen und ‚gerechten‘ System geschehen“. In der gemeinsamen Erarbeitung der Debatte, der unterschiedlichen Stimmen und einem Verständnis von „Rechtsstaat“ soll den Schüler/innen eigenständiges Denken und eine autonome Urteilsbildung ermöglicht werden.

In diesem Sinne ist es notwendig, auf die Gewaltkonzentration in der DDR einzugehen und das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) als Kontrollorgan zu verstehen. Ebenso wichtig ist, dass auch die Erinnerungen vieler damaliger Bewohner/innen der DDR von positiven Eindrücken, insbesondere gegenüber der Bundesrepublik, zeugen. Die Erinnerung von Zeitzeug/innen soll in diesem Unterrichtsentwurf als Quelle historischen Wissens betrachtet werden. Man sollte sich Erinnerung immer mit kritischen Maßstäben der historischen Arbeit annähern und gleichzeitig anerkennen, dass sie dennoch angebrachte und wichtige Quellen darstellen. Die Erinnerung der ehemaligen DDR-Bevölkerung als sozialistisch durchdrungen und ideologisch verklärte Nostalgie zu verstehen, wird einem geschichtlichen und in unserem Falle geschichtsdidaktischen Anspruch also nicht gerecht. In diesem Sinne müssen unterschiedliche Zeitzeug/innen und archivalische Quellen herangezogen werden, die sowohl von politische Gefangenschaft und Leid durch das Regime zeugen, aber ebenso jene zahlreichen Stimmen zu Wort kommen gelassen werden, die eine andere Perspektive auf die DDR haben. Durch die Konfrontation der Schüler/innen mit unterschiedlichen Deutungen von

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Geschichte wird eine wichtige Analyseebene möglich und leicht zugänglich.

Kurz gefasst soll der Unterrichtsentwurf die Kompetenz vermitteln, den Konstruktcharakter von Geschichte erkennen und benennen zu können, unter anderem durch das Verständnis von „Unrechtsstaat“ als Begriff zur Geschichtsdeutung. Durch eine differenzierte Auseinandersetzung mit DDR-Praktiken zur Machtsicherung in Abgleich mit zeitgeschichtlichen Dokumenten und Zeitzeug/innen soll ein begründetes Urteil zum realsozialistischen Staat gefördert.

Umsetzung im Unterricht

Der Unterrichtsentwurf ist für die Sekundarstufe I angelegt und ist an dem Kerncurriculum für das Gymnasium für das Fach Geschichte aus dem Jahr 2008 orientiert. Die Autorin zeigt zahlreiche Querverbindungen zu den Curricula anderer Fächer auf. Darüber hinaus verweist sie auf zahlreiche Möglichkeiten, den Unterricht zu bereichern, etwa Exkursionen zur Birthler-Behörde oder einen Besuch in der Gedenkstätte Hohenschönhausen. Methodisch können Schüler/innen den Umgang mit Medien wie Film-, Text- und Bildquellen erlernen oder die Fähigkeit erwerben, eine Podiumsdiskussion zu organisieren und durchzuführen. Durch die dargebotene Quellenvielfalt können unterschiedliche Kompetenzen von Schüler/innen gefördert werden.

Der Entwurf ist in 9 Schulstunden sowie eine abschließende Klassenarbeit zur Leistungskontrolle aufgeteilt. Von einer einleitenden Debatte ausgehend werden in den

Empfehlung Unterrichtsmaterial

darauf folgenden Stunden Inhalte vermittelt, die die Deutsche Demokratische Republik näher bringen und verstehen lassen sollen. Durch den Einbezug aktueller Debatten sowie die Möglichkeit, eine/n Zeitzeug/in einzuladen wird zur abschließenden Podiumsdiskussion in Stunde 9 hingeführt. Die Klassenarbeit zeigt den Anspruch der Autorin auf, eine kritische Auseinandersetzung mit Geschichte zu befördern, indem die dort angeführte Quelle einer solchen bedarf und die Aufgabenstellung entsprechend ausgelegt ist.

Information

Der Unterrichtsentwurf „Die DDR - (K) Ein Unrechtsstaat?“ von Britta Wehen ist beim Grin Verlag für 12,99 € erhältlich. Der Verlag bietet außerdem eine kostenlose Vorschau an.

Leben in der DDR- Die Stasi im Bewusstsein der Bevölkerung

Im Jahr 2009 sorgte eine Befragung unter deutschen Schüler/innen für Aufsehen in der Bildungslandschaft: Folgt man den Ergebnissen der sogenannten Schröder-Studie, für die 5000 Oberstufenschüler/innen aus Brandenburg, Berlin, Bayern und NRW befragt wurden, so herrsche unter einem Großteil der Jugendlichen völlige Ahnungslosigkeit in punkto DDR. Um diesem Studienergebnis entgegenzuwirken, entwickelte die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg eine Mappe mit Unterrichtsmaterialien, die sich mit dem Thema

Lernen aus der ■ Geschichte ■

„Leben in der DDR“ beschäftigen.

Ziel des Heftes ist es, anhand verschiedener Schwerpunkte den diktatorischen Charakter der DDR herauszuarbeiten. Dabei soll versucht werden, durch eine Kombination aus systemgeschichtlichem Wissen und lebensweltlichen Einblicken die verschiedenen in Konflikt stehenden Geschichtsinterpretationen einzubeziehen und einander anzunähern. So können sich die Schüler/innen das eigene Geschichtswissen durch konkrete Beispiele erfahrbar machen und dadurch eine Vorstellung von den verschiedenen Funktions- und Wirkungsweisen eines autoritären Systems bekommen. Die Unterrichtseinheiten sollen den Jugendlichen also einerseits die Unterdrückungsmechanismen innerhalb der DDR näher bringen und andererseits ein Bewusstsein für individuelle Handlungsspielräume und unterschiedliche Wahrnehmungen vermitteln.

Die drei Schwerpunkte des Heftes bewegen sich dementsprechend nah am alltäglichen Erfahrungshorizont von Jugendlichen innerhalb eines staatlichen Unterdrückungssystems. Neben den Themen „Schule, Jugend, Freizeit“ und „Oppositionsgruppen in der DDR (Beispiel Leipzig)“ behandelt ein Unterrichtsbaustein das „Ministerium für Staatssicherheit“.

Die Stasi im Erfahrungshorizont der Bevölkerung

Im Zentrum des Moduls steht Ulrike Erler-Hammer, eine ehemalige DDR-Bürgerin, die nach einer missglückten Flucht selbst zwei Jahre in einem Stasi-Gefängnis verbrachte.

Empfehlung Unterrichtsmaterial

Anhand von umfangreichem Quellenmaterial und persönlichen Schilderungen Erler-Hammers wird ihre persönliche Geschichte versteh- und erlebbar gemacht und die Rolle der Staatssicherheit im alltäglichen Leben von DDR-Bürger/innen verdeutlicht.

Um eine theoretische Einbettung der individuellen Lebensgeschichte Erler-Hammers zu ermöglichen, bietet das Unterrichtsmaterial eine ausführliche Einleitung in das Thema „Stasi“. Dabei werden die verschiedenen historischen Phasen des Ministeriums für Staatssicherheit dargestellt, und herausgearbeitet wie und durch welche Einflüsse sich Struktur und Arbeitsweise der Institution im Laufe der Jahre veränderten. Des Weiteren wird auf die Bedeutung der Einrichtung innerhalb des DDR-Machtapparates eingegangen und es wird beschrieben, wie nach deren Ende mit den verbliebenen Akten umgegangen wurde.

Mithilfe der vorab erhaltenen Informationen können die Schüler/innen schließlich in die Arbeit mit den verschiedenen Quellen einsteigen. Diese bewegen sich nah an der persönlichen Lebensgeschichte Erler-Hammers, die in einigen Interview-Ausschnitten ihre Erfahrungen mit der Institution Stasi beschreibt. Daneben haben die Jugendlichen die Möglichkeit, anhand der Stasi-Akte von Frau Erler-Hammer einen Einblick in den Umgang mit historischen Quellen zu bekommen. Die verschiedenen Quellen illustrieren die Schwierigkeiten, die sich beispielsweise durch die gewählte Sprache oder die Veränderlichkeit von Erinnerung ergeben können.

Lernen aus der ■ Geschichte

Die Jugendlichen sind in den einzelnen Arbeitsanweisungen dazu aufgefordert, sich mögliche Denkmuster und Motivationen der einzelnen Protagonist/innen vorzustellen. Daneben bieten mehrere Schaubilder und Diagramme, die von den Schüler/innen selbst interpretiert werden sollen, einen Überblick über das Ausmaß der Überwachung und der Versuche, sich dieser zu entziehen. Am Ende des Moduls steht schließlich die Frage: „War die DDR ein Unrechtsstaat?“ Anhand ihrer neuen Expertise sollen die Jugendlichen diese Frage selbstständig beantworten.

Fazit

Die Autor/innen verweisen in ihrem erläuternden Zusatzmaterial mehrfach auf die Gefahr einer Idealisierung der DDR. Anhaltspunkte dafür sehen sie in aktuellen Trends und Medienprodukten, die häufig mit dem Label „Ostalgie“ versehen werden und ein lupenreines Image der DDR suggerieren. Um diese Vermutung empirisch zu untermauern, werden zahlreiche Statistiken und Umfrageergebnisse angeführt, die Einblick in das vermeintliche (ost)deutsche Kollektivgedächtnis geben sollen. Ziel des Materials soll es deshalb sein, einer möglichen Verklärung entgegenzuwirken und den Charakter der Diktatur hervorzuheben.

Diese Vorgehensweise birgt aber auch die Gefahr, die verwendeten Quellen ausschließlich im eigenen Sinne zu interpretieren. Es empfiehlt sich daher, die Jugendlichen für eine kritische Quellenanalyse zu sensibilisieren. Mögliche Unklarheiten,

Empfehlung Unterrichtsmaterial

Zwischentöne und unauflösbare Dissonanzen sollten daher angesprochen und gemeinsam diskutiert werden. Des Weiteren sollte versucht werden, den individuellen Erfahrungshorizont der Teilnehmer/innen und ihrer Familien zu berücksichtigen und ernst zu nehmen.

Die Unterrichtseinheiten eignen sich für Schüler/innen ab Klassenstufe 9. Es empfiehlt sich allerdings, die Geschichte der DDR bereits im Vorfeld im Unterricht zu behandeln, da ein gewisses Maß an systemgeschichtlichem Wissen zur Bearbeitung der einzelnen Arbeitsaufträge vorausgesetzt wird.

Das Material kann kostenlos als PDF [heruntergeladen](#) werden.

Die Flaschenpost – Die DDR im Grundschulunterricht

Die Geschichte der DDR schon im Grundschulunterricht?! Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hat ein umfangreiches Unterrichtsmaterial entwickelt, das Schüler/innen anhand des Romans „Die Flaschenpost“ von Klaus Kordon die Geschichte der DDR näher bringen soll.

Klaus Kordon – ein Ost-Berliner Kind

Klaus Kordon wurde 1943 in Ost-Berlin geboren. Sein Vater fiel als deutscher Soldat im Zweiten Weltkrieg und auch seine Mutter verstarb bereits im Jahr 1956. Danach wuchs Kordon in verschiedenen Einrich-

Lernen aus der ■ Geschichte ■

tungen im Osten der Stadt auf. Dort erlebte er die Teilung Deutschlands, die 1961 schließlich mit dem Bau der Mauer manifest wurde. Nach einem missglückten Fluchtversuch 1972 wurde Kordon zu drei Jahren Haft verurteilt, aus der er nach einem Jahr von der Bundesrepublik freigekauft wurde. In seinen Büchern möchte der Autor durch eine möglichst genaue Schilderung ein realistisches Geschichtsbild zeichnen und den Leser/innen dadurch ermöglichen, die Welt und ihre Geschichte besser zu verstehen. Er regt Kinder und Jugendliche durch seine Jugendbücher außerdem dazu an, Dinge kritisch zu hinterfragen und zu reflektieren.

Die Flaschenpost

Das Buch von Klaus Kordon wurde bereits im Jahr 1988 erstmals veröffentlicht. Es geht darin um den Ostberliner Jungen Matze, der eine Flaschenpost in die Spree wirft, in der Hoffnung, ein Kind aus Afrika könnte sie finden und ihm antworten. Stattdessen antwortet Lika, die in Westberlin zuhause ist. Die beiden Kinder werden Freunde und versuchen – trotz der Widerstände ihrer Eltern und der sie trennenden Mauer – mehr voneinander und von dem Leben „auf der anderen Seite“ zu erfahren.

Konzeption des Buches

Im Zentrum des Buches steht der Austausch der beiden Hauptdarsteller/innen Lika und Matze. Da die beiden erst am Ende des Buches aufeinandertreffen, basiert das Buch bis dahin auf einer Zweigliedrigkeit, die von Kapitel zu Kapitel wechselt. So bekommen die Leser/innen abwechselnd Einblicke in

Empfehlung Unterrichtsmaterial

Leben und Alltag eines Ostberliner und eines Westberliner Kindes und lernen über die Schwierigkeiten, sich über die Grenze hinweg zu verständigen und näher zu kommen.

Das Buch basiert in erster Linie auf Dialogen und Gedanken der beiden Kinder, weshalb die verwendete Sprache dem Verständnishorizont der Schüler/innen entspricht. Durch die sehr unterschiedlichen Lebensrealitäten Likas und Matzes ergibt sich für die Leser/innen eine Mischung aus Bekanntem und Unbekanntem, die durch Erklärungen der Protagonist/innen erfahr- und verstehbar gemacht wird. Um das Buch nicht inhaltlich zu überfrachten und die Leser/innen zu überfordern, beschränkt sich Kordon in seiner Darstellung in der Regel auf die Beschreibung der Lebensumstände seiner Protagonist/innen. Wenngleich dabei auch ein gewisses Maß an Geschichtswissen transportiert wird, verzichtet er jedoch auf eine detaillierte Darstellung zeithistorischer Entwicklungslinien.

Unterrichtsentwurf

Die Lehrer/innen-Handreichung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur bietet ein sehr genaues und detailliertes Konzept zur Gestaltung von insgesamt sieben Unterrichtseinheiten zum Thema DDR und „Die Flaschenpost“. Die verschiedenen Einheiten sind darin in einzelnen Kapiteln getrennt voneinander und sehr nachvollziehbar beschrieben. Zu Beginn jedes Kapitels findet zunächst eine kurze Erklärung der Vorgehensweise in der je-

Lernen aus der ■ Geschichte ■

weiligen Unterrichtsstunde statt (Thema – Intention – Methode). Danach erläutert ein detaillierter Verlaufsplan den geplanten Ablauf der Einheit. Dabei werden die einzelnen Arbeits- und Handlungsschritte mit einem Zeitumfang versehen und tabellarisch dargestellt. Zusätzlich dazu ermöglicht eine Materialliste die Vorbereitung auf die Stunde. Dabei wird unterschieden zwischen dem Unterrichtsmaterial beigefügten Materialien und solchen, die noch durch die Lehrkräfte hinzugefügt werden müssen. Am Ende jedes Kapitels findet sich schließlich eine Empfehlung für einen Arbeitsauftrag, den die Schüler/innen als Hausarbeit bearbeiten sollen.

Fazit

Der Unterrichtsentwurf ist insgesamt sehr stimmig konzipiert und ermöglicht den Lehrer/innen durch die vorhandenen Zusatzmaterialien eine einfache Handhabung.

Das Unterrichtsmaterial bietet daher eine hervorragende Ergänzung zur Lektüre des Romans „Die Flaschenpost“. Durch die Arbeitsaufträge können die Schüler/innen sowohl auf literarischer als auch auf geschichtlicher Ebene noch tiefer in die Thematik einsteigen, und auf kindgerechte Art an die Geschichte der DDR herangeführt werden. Obwohl die Durchführung des Projektes recht viel Unterrichtszeit beansprucht, ist das Unterrichtsmaterial deshalb sehr zu empfehlen.

Der Roman wird vom Herausgeber für Kinder ab zehn Jahren empfohlen. In dem Unterrichtsmaterial wird allerdings

Empfehlung Unterrichtsmaterial

angemerkt, dass im Rahmen einer begleitenden Lektüre auch schon Kinder ab acht Jahren die Inhalte erfassen und die Arbeitsaufträge meistern können.

Das Unterrichtsmaterial kann auf der Webseite der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur kostenlos heruntergeladen werden.

Literatur

Klaus Kordon: Die Flaschenpost. Beltz und Gelberg, Weinheim Basel, 1999. 192 Seiten.

Deutscher Diktaturenvergleich

Das Interesse an einer historischen und politischen Aufarbeitung des Nationalsozialismus und seiner Folgen in der Bundesrepublik war in der Nachkriegszeit gering. Heute ist die erinnerungspolitische Landschaft u.a. auch durch die Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR breiter und komplex aufgestellt. Doch herrscht neben Desinteresse an dieser Geschichtsaufarbeitung, häufig eine ablehnende Haltung vor, die sich nicht selten in unangebrachten Formen des Vergleichs von DDR und Nationalsozialismus widerspiegelt. Dieser Vergleich, der mit einer normativen Gleichsetzung einhergehen kann, ist umstritten.

In dem Artikel „Die Bedeutung des deutschen Diktaturenvergleichs für die politische Kultur der Berliner Republik“ versucht die Bundeszentrale für politische Bildung eine Retrospektive der aufflammenden Diskussion um die Vergleichbarkeit der beiden Regime sowie deren geschichtswissenschaftliche Nachläufer bis heute.

Anhand des „Roten Ochsen“ zeigt der Artikel exemplarisch einen Gedenkort, welcher sich auf den Nationalsozialismus ebenso wie auf die Deutsche Demokratische Republik beziehen lässt. Solche Orte wären auch in anderen Ländern zu finden, doch macht die Bundeszentrale einen entscheidenden Unterschied aus, was sowohl „die weltanschauliche Intensität als auch (...) die praktische Herrschaftsdurchsetzung“ betrifft. Damit ergibt sich eine einzigartige Situation für Deutschland in Bezug auf den

Diktaturenvergleich: Der Deutsche Diktaturenvergleich. Der Artikel stellt die Frage, wie sich beide Diktaturen überhaupt in ein Verhältnis setzen lassen, was ihre spezifische Beziehung zueinander auszeichnet und wie Unrecht, welches in der DDR geschah, angemessen benannt werden kann, ohne dabei den Nationalsozialismus zu verharmlosen.

Damit wird der Artikel zu einem Text über den Vergleich und untersucht diesen als Methode, als ein zeitgeschichtliches Analyseverfahren mit Vorzügen und Nachteilen. Der vorliegende Text eignet sich also als Fachdidaktik für Historiker/innen und einen Einblick zur Debatte für Lehrer/innen.

Als Ausgangspunkt der bundesdeutschen Diskussion um den Diktaturenvergleich wird die Enquete-Kommission von 1993 genannt, die den Titel „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ trug. Dabei warnte etwa Jürgen Habermas vor dem Vergleich und empfahl, sich auch den jeweiligen Ideologien zu widmen, von der die sozialistische an und für sich keine menschenverachtende, sondern im Gegenteil mit einem „edlen Kern“ versehen sei. Zunächst gab es innerhalb der Kommission sehr verhärtete Fronten. Nach und nach konnten sich die Parteien jedoch annähern, was dem Artikel zufolge zu einer erhöhten Forschungsproduktivität geführt habe.

Am Ende wird betont, dass es nach wie vor eine wichtige pädagogische Herausforderung sei, die DDR und ihre Systematik in den Unterricht zu implementieren. Der Ar-

tikel dient bei der Bezugnahme auf den Diktaturbegriff selbst eher als Einstieg, ist dafür allerdings gut geeignet. Motivationen zur vertieften inhaltlichen Auseinandersetzung finden sich zahlreich in dieser Ausgabe unseres Magazins. Die Annäherung über Artikel der Bundeszentrale ist nichtsdestotrotz empfehlenswert. In diesem Zusammenhang lässt sich noch der spezifischere Text „Zwei deutsche Diktaturen im 20. Jahrhundert?“ empfehlen, in welchem Richard J. Evans die DDR zwar als Diktatur bezeichnet, jedoch auf ihre nichtdeutsche Tradition, also ihren russischen Zusammenhang und teils Ursprung, eingeht und damit in ein anderes Verhältnis zum Nationalsozialismus setzt.

Europas 20. Jahrhundert und der Alltag in der DDR – Zwei Ausstellungen

Zwei Ausstellungen auf der Webseite der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur beschäftigen sich mit Recht und Ungerechtigkeit in der DDR mit einem internationalen als auch einem ausschließlich auf die DDR bezogenen Schwerpunkt.

Die DDR und Europa

Die am 15. November 2013 erscheinende Online-Ausstellung „Diktatur und Demokratie im Zeitalter der Extreme. Streiflichter auf die Geschichte Europas im 20. Jahrhundert“ von Andreas Wirsching und Petra Weber beleuchtet das Europa des 20. Jahrhunderts. Für dieses Jahrhundert wird

eine Zuspitzung extremer Zustände und Begebenheiten historischen Ausmaßes konstatiert: Erster Weltkrieg, Zweiter Weltkrieg, Stalin, DDR, Wende, Osterweiterung der EU. Die DDR wird dabei in einer Kontinuität deutscher Geschichte verstanden. Damit werden die einzelnen Eckdaten in einen Zusammenhang gestellt - der Zweite zum Ersten Weltkrieg ebenso wie die Entwicklung hin zum realsozialistischen Staat.

Die Ausstellung, welche vom Institut für Zeitgeschichte in München und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur herausgegeben wird lässt auf eine interessante und hilfreiche Handreichung auch für Pädagog/innen und Lehrer/innen hoffen, die damit in ihrem Unterricht arbeiten können. Was bereits vorab kritisch anzumerken ist, ist jedoch die Aneinanderreihung als „extrem“ bezeichneter Ereignisse, die schon in der Ankündigung in einer dramatischen Erzählweise dargeboten werden. Damit verschwimmt der Gehalt der einzelnen historischen Etappen, zumal „Linksradikalismus“ als Phänomen in Deutschland ohne weitere Erläuterung neben „Antisemitismus, Rassismus und Verschwörungstheorien“ aufgezählt wird und so falschen Gleichsetzungen Vorschub geleistet wird.

Die Ausstellung wird vor allen Dingen zur Illustration für Schüler/innen hilfreich sein und um die DDR in einen größeren historischen Kontext zu stellen. Weiterführende Lektüre ist jedoch zu empfehlen. „Diktatur und Demokratie im Zeitalter der Extreme“ kann vor dem 15.11.2013 für 35,00 € bestellt werden, danach für 50 €. Ab Januar 2014

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Web

können Begleitmaterialien heruntergeladen werden.

Ein kurzer Einblick in die DDR

Aus einer Zusammenarbeit des Stern und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur entstand die Online-Ausstellung „Die heile Welt der Diktatur? Herrschaft und Alltag in der DDR“ mit Fotos von Harald Schmitt und Texten von Stefan Wolle. Sie verschreibt sich selbst einer politisch-bildnerischen Aufklärung, die eine differenzierte Perspektive auf die DDR ermöglichen möchte. Leider verbleibt die Ausstellung insgesamt recht tendenziös, was sich in der Einleitung in zwei Sätzen verdichtet: „Damals gingen Hunderttausende in der DDR auf die Straße, um gegen die Diktatur der SED, für Reisefreiheit und bessere Lebensverhältnisse zu demonstrieren. Heute wird der Alltag in der DDR häufig verklärt.“ Für eine andere Perspektive bietet es sich an, in der vorliegenden Ausgabe unseres Magazins den Artikel von Wolfgang Wippermann zu lesen.

Nichtsdestotrotz kann der Einsatz der Ausstellung für die pädagogische Arbeit sinnvoll sein. Nach einer Lektüre entsprechender Texte, die unterschiedliche Stimmen aus der DDR-Bevölkerung zu Wort kommen lassen und sich mit diesen Lebenserfahrungen auseinandersetzen, kann die aufwendig bilderte und anschaulich beschriebene Ausstellung etwa in Sekundarstufe II als Medium selbst untersucht werden und Schüler/innen dazu animieren, selbst eine Ausstellung zu entwerfen. Der in der vorliegenden

Ausgabe unseres Magazins besprochene Unterrichtsentwurf von Britta Wehen gibt hilfreiche Anregungen zur kritischen Arbeit mit historischen Quellen für Schüler/innen.

Aufarbeitung der Diktatur – Diktat der Aufarbeitung?

Von Anne Lepper

Sucht man nach dem Wort „Vergangenheitsbewältigung“ in irgendeiner anderen Sprache dieser Welt, wird man schnell feststellen müssen, dass es in den meisten Sprachen mindestens einer Hand voll Wörter bedarf, um das gemeinte wiederzugeben. Diese Feststellung führt nicht zwangsläufig zu einer tieferen Erkenntnis. Dennoch illustriert sie das Bild, das spätestens seit den frühen 1990er Jahren international von Deutschland gezeichnet wird. Deutschland gilt als „Weltmeister der Vergangenheitsbewältigung“ (Péter Esterházy), sowohl im Ringen um die Aufarbeitung der NS-Diktatur als auch im Umgang mit seiner DDR-Vergangenheit.

Dadurch kommt Deutschland im internationalen Austausch eine immer größere Bedeutung zu, die zu einer Orientierung verschiedener europäischer Staaten mit Diktaturvergangenheit an deutschen Aufarbeitungsprozessen führt. Ob in diesem Zusammenhang gar von einer deutschen „DIN-Norm“ der Vergangenheitsbewältigung gesprochen werden kann, wird in dem vorliegenden Band anhand verschiedener, multiperspektivischer Standpunkte besprochen. Die Publikation wurde von Kathrin Hammerstein, Ulrich Mählert, Julie Trappe und Edgar Wolfrum als Dokumentation einer Tagung herausgegeben, die im September 2007 vom Graduiertenkolleg „Diktaturüberwindung und Zivilgesellschaft in

Europa“ der Universität Heidelberg veranstaltet wurde.

Im Zentrum des Bandes steht neben einer Verortung Deutschlands innerhalb der internationalen Aufarbeitungspolitik auch eine Analyse aktueller europäischer Entwicklungen. Dabei werden sowohl Tendenzen einer „Internationalisierung der Verantwortung“ und Beispiele staatlicher Normierungen (z.B. in Frankreich) angesprochen, als auch bestehende Asymmetrien und Konflikte in Aufarbeitungsprozessen, vor allem zwischen west- und osteuropäischen Ländern thematisiert. Die „Konkurrenz der Erinnerungen“ wird von den Herausgeber/innen dabei ebenso kritisiert, wie eine unkritische Übernahme von Handlungskonzepten zur eigenen Diktaturaufarbeitung eines jeweiligen Landes. Die Problematik eines solchen Vorgehens liegt – so die Autor/innen – in einer dadurch evozierten Alibi-Funktion des Aufarbeitungsprozesses, die einer wirklichen Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit ausweicht.

Auf dem Weg zu einer DIN-Norm – Deutschland im Kontext europäischer Aufarbeitungsprozesse

Im ersten Teil des Bandes geben verschiedene Autoren Einblick in die Beschaffenheit deutscher Aufarbeitungsprozesse, die geprägt sind durch das Merkmal einer doppelten Diktaturerfahrung. Während Christoph Cornelissen und Bernd Faulenbach den „Sonderweg“ (Cornelissen) Deutschlands und die Bedeutung politischer und sozialer Rahmenbedingungen bei der Aufarbeitung

herausarbeiten, unterstreicht Michael Beileites die Wichtigkeit einer Unterscheidung beider deutscher Diktaturen, auf deren Grundlage er eine miteinander verbundene Aufarbeitung erst für möglich hält. Alfons Kenkmann macht in seinem Beitrag, in dem er die Gedenkstättenlandschaften in Berlin und NRW miteinander vergleicht, auf die Nachteile einer Normierung von Gedenkkonzepten durch die Entscheidungsträger aufmerksam.

Der zweite Teil der Publikation geht der Frage nach, inwiefern man von einer bestehenden DIN-Norm der Diktaturaufarbeitung sprechen kann. Micha Brumlik untersucht in seinem Beitrag die pädagogischen Lernziele und -Erfolge, die im Zuge der Holocaust-Aufarbeitung in Deutschland zu verzeichnen sind. Eine Analyse polnischer Aufarbeitungsprozesse nehmen Dorota Dakowska und Claudia Kraft vor – Während Dakowska anhand der Aufarbeitungsbehörden IPN (Polen) und BStU (Deutschland) einen deutsch-polnischen Vergleich anstrebt, stellt Kraft sowohl polnische als auch spanische Verdrängungstendenzen dar, die sich im „pacto de silencio“ (Pakt des Schweigens) und der „gruba kreska“ (dicker Strich) widerspiegeln. Ulrike Jureit kritisiert in ihrem Beitrag die „Normierungstendenzen einer opferidentifizierten Erinnerungskultur“. Die Ausgrenzung der Täter führe nicht selten zu einer Negierung der eigenen Verantwortung, und der stetige Ruf nach Betroffenheit verhindere eine kritische Distanz zu dem Thema.

Eine internationale Perspektive – Europa und seine Diktaturerfahrungen

Im Zentrum des dritten Teiles stehen die „Akteure der Aufarbeitung“. Juliane Trappe führt in ihrem Beitrag in „die Standards der strafrechtlichen Vergangenheitsaufarbeitung in Europa“ ein. Sie verweist hierbei auf die Problematik des Zusammenpralls internationaler und nationaler Rechtsprechung. Koffi Kumelio A. Afande stellt die Arbeit der Untersuchungskommissionen vor, die als vorgelagerte Institution internationale Verfahren gegen Kriegsverbrecher (Ruanda, Jugoslawien) vorbereiten. Christine Axer und Xosé-Manoel Núñez lenken den Blick auf internationale Erinnerungsdiskurse. Während Axer die Bedeutung der lois mémorielles („Erinnerungsgesetze“) in Frankreich untersucht, setzt sich Núñez mit den Entwicklungen in Spanien auseinander.

Der vierte Teil der Publikation verknüpft verschiedene nationale Erkenntnisse zu einem gesamteuropäischen Bild. Michael Weigl stellt anhand eines ost-/westeuropäischen Vergleiches fest, dass die Vergangenheitsaufarbeitung noch nicht zu einem gesamteuropäischen Phänomen geworden ist. Kathrin Hammerstein und Birgit Hoffmann stellen eine Untersuchung von Resolutionen und Initiativen zur Diktaturaufarbeitung in verschiedenen europäischen Ländern an. Jens Kroh und Milan Horáček analysieren den europäischen Umgang mit länderspezifischen Aufarbeitungskonzepten. Kroh setzt dabei einen Schwerpunkt auf die diplomatischen Maßnahmen gegen Österreich in Verbindung mit der

Stockholmer „Holocaust-Konferenz“ im Jahr 2000 und Horáček plädiert am Beispiel Tschechiens für eine gesamteuropäische Verständigung bei der Geschichtsaufarbeitung.

Der letzte Teil des Bandes richtet seinen Fokus auf die gesamteuropäische Gedächtniskultur. Stefan Troebst evaluiert die Bedeutung von „1945“ als europäischen Erinnerungsort und die Möglichkeiten seiner Verwendung als Gegenstand eines diskursiven Austauschs. Regina Fritz und Katja Wezel stellen mit dem „Haus des Terrors“ in Budapest und dem lettischen Okkupationsmuseum zwei Erinnerungsorte vor, an denen die Zeit des Kommunismus deutlich stärker im Vordergrund steht als die Zeit des Nationalsozialismus. Auch Anna Kaminsky beschäftigt sich in ihrem Beitrag mit Orten in Osteuropa, an denen den Opfern der kommunistischen Regime gedacht wird. Sie weist darauf, dass vor allem die Kontextualisierung der Orte und ihrer Geschichte von großer Bedeutung ist. Burkhard Olschowsky gibt abschließend einen Einblick in die Erinnerung an „Flucht und Vertreibung aus deutscher und polnischer Perspektive“.

Fazit

Insgesamt handelt es sich bei dem Band um einen umfangreichen und wertvollen Beitrag zu internationalen Diskursen, die die Aufarbeitung der verschiedenen Diktaturen betreffen. Die Beiträge bieten einen vielschichtigen und kritischen Blick auf Normierungsprozesse der Vergangenheitsaufarbeitung und fragen nach den Möglichkeiten

und Grenzen einer anhaltenden Internationalisierung. Die Publikation stellt somit einen gelungenen Versuch dar, nationale und internationale Aufarbeitungsprozesse zu analysieren und miteinander in Verbindung zu setzen.

Ein Wermutstropfen bleibt dennoch: Bei dem vorliegenden Band handelt es sich um eine deutsche Publikation, die in erster Linie Beiträge von deutschen Autor/innen vereint. Wenngleich zwar auf verschiedene Weise ein multiperspektivischer Blick auf die europäische Erinnerungs- und Aufarbeitungskultur eröffnet werden soll, so scheinen Ausgangspunkt und Maßstab dennoch nach wie vor im deutschen Modell zu liegen. Es wäre daher durchaus interessant gewesen, einen durch internationale Historiker/innen angeregten Blick auf Deutschland zu wagen und die perspektivische Basis nach außen zu verlagern.

Literatur

Hammerstein, Katrin; Mählert, Ulrich; Trappe, Julie; Wolfrum, Edgar: Aufarbeitung der Diktatur – Diktat der Aufarbeitung? Normierungsprozesse beim Umgang mit diktatorischer Vergangenheit. Wallstein Verlag, Göttingen, 2009.

Europäische Perspektiven auf Diktaturüberwindung

Von Dirk Rupnow

Es ist mittlerweile ein Gemeinplatz geworden, Rezensionen zum nur schwer abgrenzbaren Themenfeld Geschichte/Gedächtnis-Politik/Kultur mit der Bemerkung beginnen zu lassen, dass die einschlägige Literaturflut praktisch nicht mehr zu überblicken und dennoch keinesfalls zu einem Ende gekommen sei. Zwei weitere Neuerscheinungen belegen diese Situation. Sie machen zugleich deutlich, wie sehr sich die Forschung ausdifferenziert hat und in welche Richtung sie gehen sollte, wenn sie nicht weitere Redundanzen erzeugen will.

Der erste hier vorzustellende Band ist das Ergebnis einer Tagung, die 2007 an der Heidelberger Akademie der Wissenschaften durchgeführt wurde und aus dem Graduiertenkolleg „Diktaturüberwindung und Zivilgesellschaft in Europa“ hervorgegangen war (geleitet von Edgar Wolfrum, in Kooperation mit Carola Sachse sowie der Heinrich-Böll-Stiftung).[1] Das Quintett der Herausgeberinnen setzt sich aus ehemaligen Stipendiatinnen des Kollegs zusammen. Nach einem Vorwort von Eberhard Jäckel und einer knappen Einleitung sind die Beiträge in fünf Abschnitte gegliedert: Unter der Überschrift „Chancen und Grenzen von Diktaturüberwindung“ geht es um Praktiken des Umgangs mit problematischen Vergangenheiten wie „Wiedergutmachung“, Restitution und Transitional Justice. Der Fokus liegt dabei auf Organisationen wie der Jewish Cultural

Reconstruction, der Rockefeller Foundation und der Max-Planck-Gesellschaft sowie der tschechischen Kommunistischen Partei. Im Abschnitt „Erinnerung als Politik“ wird die „öffentliche Produktion von Geschichtsbildern“ analysiert. Hier finden sich vor allem Länderbeispiele: Deutschland, Österreich, die Niederlande und Kroatien. Denkmäler, Museen und Gedächtnisorte werden im Abschnitt „Repräsentationen der Diktatur und postdiktatorische Räume“ zum Thema: das Holocaust-Gedenkzentrum in Budapest, die Berliner Mauer, die sowjetischen Gulags, der Tallinner Bronzesoldat. Eher theoretisch-methodisch angelegt ist das Kapitel „Diktaturvergleich im neuen Europa“, in dem Möglichkeiten und Grenzen, Traditionen und Perspektiven der Totalitarismusforschung diskutiert werden. Schließlich wird die Konkurrenz von „Holocaust und Gulag“ in ost- und westeuropäischen Erfahrungen, Gedächtnissen und Debatten beleuchtet.

Der Sammelband deckt ein breites Spektrum ab. Zusammengehalten wird er von einer transnationalen Perspektive, die dem Thema generell eingeschrieben ist und in den verschiedenen Beiträgen unterschiedlich stark zur Geltung kommt. Der Einstieg von Eberhard Jäckel, der in seinem kurzen Vorwort hervorhebt, dass die NS-Diktatur in Deutschland besonders verbrecherisch gewesen sei, zugleich aber mit dem Grundgesetz auf einer institutionellen Ebene auch „verhältnismäßig rasch“ habe überwunden werden können (S. XI f.), muss dabei als äußerst unglücklich bezeichnet werden. Damit

wird nochmals eine „DIN-Norm“ für die Auseinandersetzung mit problematischen Vergangenheiten etabliert, wie es Timothy Garton Ash schon vor längerer Zeit konstatiert und diskutiert hatte.[2] Eine solche Norm wird der Verschiedenheit der Fälle allerdings nicht gerecht – selbst dann nicht, wenn der Untersuchungsraum auf Europa beschränkt wird. Die Behauptung einer schnellen erfolgreichen Überwindung des Nationalsozialismus und seiner Massenverbrechen dementiert sich zudem selbst, weil sie offenbar nicht um die Vielschichtigkeit und Fragilität der hier verhandelten Prozesse weiß. Auch im deutschen Fall wird man eher von einem Nebeneinander aus Brüchen und Kontinuitäten, von Überwindung und Transformationen sprechen müssen.

Wie entscheidend es ist, nicht nur auf Vergangenheitspolitik im engeren Sinne zu fokussieren, sondern diese breiter in gesellschaftliche und politische Entwicklungen einzubetten, wird etwa im exzellenten Beitrag von Ljiljana Radonic über Kroatien deutlich. Cornelius Lehniguth führt währenddessen am österreichischen Beispiel vor, wie inhomogen, fragmentiert und widersprüchlich nationale Erinnerungsgemeinschaften und wie notwendig daher differenzierte Untersuchungen sind. Katrin Hammerstein gelingt es mit ihrer erinnerungskulturellen Drei-Länder-Beziehungsgeschichte Bundesrepublik Deutschland – DDR – Österreich, einen frischen Blick auf scheinbar gut vermessenem Terrain zu werfen. Instrukтив ist auch der Beitrag von Mirjam Sprau, die die Auflösung des GULag-Komplexes in der

Phase der Entstalinisierung als „Diktaturüberwindung in der Diktatur“ beschreibt. Die Beiträge zum Totalitarismus-Konzept machen ebenfalls deutlich, dass Begriffe nicht aus der Notwendigkeit zu historischer Beschreibung und Analyse im Detail entlassen. Mario Keßler hebt zu Recht hervor, dass der weiterhin bestehende Mangel an empirisch abgesicherten Vergleichsstudien für diesen Ansatz ein großes Problem darstellt.

Wer einen Einblick in neuere Forschungen zum Themenfeld gewinnen will, wird den Band gern konsultieren. Die Autorinnen und Autoren stellen eher die Divergenzen innerhalb der europäischen Gedächtnislandschaft heraus, beleuchten aber mit dem Fokus auf transnationalen Verknüpfungen auch Tendenzen der Europäisierung. Postdiktatorische Transformationen nach 1945 und 1989 werden dabei mittlerweile sehr selbstverständlich parallel betrachtet. Außereuropäische Perspektiven, etwa auch das Erbe des Kolonialismus, bleiben allerdings ganz unberücksichtigt. Dies gehört zwar nicht im engeren Sinne in den Kontext von Diktaturüberwindungen, hätte aber nicht wenig mit europäischer Geschichte und europäischen Gedächtnissen zu tun.

Auch der zweite hier ausgewählte Band konzentriert sich fast vollständig auf europäische Perspektiven. Er ist das Produkt einer englischsprachigen Tagung, die 2004 in Amsterdam stattfand. Thematisch und zeitlich ist dieser Band allgemeiner und offener gehalten als „Diktaturüberwindung in Europa“, wie der Titel „Performing the Past. Memory, History, and Identity in Modern

Europe“ anzeigt. Der Zugriff ist gleichzeitig jedoch spezifischer.

Die Herausgeberin und die beiden Herausgeber betonen den performativen Charakter jeden Umgangs mit Vergangenheit. Die Unterscheidung zwischen „history“ als einer Disziplin, die Erinnerung mit Hilfe verschiedenster Dokumente erzeugt, aber zugleich auch kritisiert, und „memory“ als einer Fähigkeit, bei der Geschichte affektiv betrachtet wird, bleibt dabei bestehen. Eine klare Trennung und Gegenüberstellung wird aber aufgelöst in ein weites Feld von Übergängen und Mischformen. Entscheidend sei das kreative Handeln, durch das Menschen die Vergangenheit gemeinsam „herstellten“. Diese Aktivität beinhalte neben dem Bezug auf die Vergangenheit auch immer eine Aktualisierung und Neuinterpretation. Neben Geschichte und Erinnerung wird hier folgerichtig Identität einbezogen: Auch sie wird performativ hergestellt, besteht aus einem Geflecht kultureller Praktiken und ist eng verknüpft mit Geschichte und Gedächtnis.

Nach einer Einleitung von Jay Winter bieten drei Beiträge von Aleida Assmann, Chris Lorenz und dem 2006 verstorbenen Reinhart Koselleck einen theoretischen Rahmen für die folgenden Fallbeispiele, die auch hier ein breites Spektrum abdecken, wesentlich aber Praktiken und Medien vorstellen. Dabei gerät Mozarts Oper „Die Zauberflöte“ (Beitrag von Jan Assmann) ebenso in den Blick wie Walter Scotts Roman „Ivanhoe“ (Ann Rigney). Marianne Hirsch und Leo Spitzer sowie Frank van Vree widmen sich Holocaust-Fotografien, während Jane Ca-

plan über Tätowierungen zur Erinnerung an Feuerwehrmänner schreibt, die beim „9/11“-Einsatz ums Leben gekommen sind. Auch hier geht es um Restitution (am Beispiel der tschechischen Republik und Polen nach 1989; Beitrag von Stanislaw Tyszka) sowie um die Rolle von historischer Erinnerung bei der Konstruktion einer europäischen Identität (Chiara Bottici).

„Performing the Past“ bietet einen spannenden Überblick zu diesem wesentlich transdisziplinär geprägten Forschungszusammenhang, den neben Historikern vor allem Literaturwissenschaftler prägen. Wie bei dem oben besprochenen Sammelband zur Diktaturüberwindung ist hier keine Synthese angestrebt, sondern eher eine Präsentation von Breite und Diversität. Die Überschneidungen zwischen den Bänden sind offensichtlich, die Ausdifferenziertheit und Eigenständigkeit jedoch auch. In beiden Fällen wird damit ein eindrückliches Bild der Lebendigkeit der jeweiligen Forschungslandschaft gezeichnet – einschließlich einer Vielzahl fruchtbarer Perspektiven für zukünftige Arbeiten. Auch diese liegen vor allem in immer genaueren Analysen einzelner, in Grundzügen bereits bekannter Fälle bzw. in immer größerer Ausdifferenzierung der Fragestellungen.

Endnotes:

[1] Siehe Tagungsbericht Diktaturüberwindung in Europa: Neue nationale und transnationale Perspektiven. 21.11.2007-23.11.2007, Heidelberg, in: [H-Soz-u-Kult](#), 11.02.2008

[2] Timothy Garton Ash, Mesomnesie, in: Transit 22

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Fachbuch

(2001/02), S. 32-48.

Wir bedanken uns beim Autor für die Genehmigung zur Zweitveröffentlichung der Rezension. Die Erstveröffentlichung erfolgte auf dem Portal HSOZuKULT.

Über den Autor

Assoz. Prof. Mag. Dr. Dirk Rupnow ist Leiter
des Instituts für Zeitgeschichte an der
Universität Innsbruck.

Soziales Paradies oder Stasi-Staat? Das DDR-Bild von Schülern – ein Ost-West-Vergleich

Von Anne Lepper

Im Juli 2008 veröffentlichten Klaus Schroeder und Monika Deutz-Schroeder eine Studie, die in der Bildungslandschaft der Bundesrepublik gleichermaßen für Aufsehen und Aufregung sorgte. Die beiden Forscher/innen hatten zwischen Herbst 2005 und Frühjahr 2007 über 5000 Schüler/innen anhand eines Fragebogens und in zahlreichen Einzel- und Gruppeninterviews zur DDR befragt – und dabei in erster Linie eklatante Wissenslücken ausgemacht.

In ihrem Nicht-Wissen lagen die Jugendlichen aus Berlin, Brandenburg, Bayern und Nordrhein-Westfalen laut Studie Kopf an Kopf, wobei Schroeder und Deutz-Schroeder den West-Schüler/innen ein in Teilen fundierteres und differenzierteres Geschichtsbild attestierten.

Die DDR eine Diktatur?!

Ziel der Studie war es, bei den Schüler/innen neben dem vorhandenen Faktenwissen auch ihre individuelle politische Bewertung der DDR zu erfragen. Dabei wurde deutlich, dass vor allem Schüler/innen aus den neuen Bundesländern dazu neigen, die sozialen Aspekte der DDR hervorzuheben, anstatt den repressiven und autoritären Charakter des Regimes herauszustellen. Grund dafür sehen die Herausgeber/innen der Studie in nostalgischen und teilweise verharmlosenden Diskursen im Familien-

kontext und in den Medien, sowie in einer unzureichenden Thematisierung im Schulunterricht. Um dem entgegenzuwirken, empfehlen die Autor/innen, die DDR stärker in Unterrichtskonzepte einzubinden und Gedenkstättenbesuche obligatorisch durchzuführen. Der Geschichtsdidaktiker Bodo von Borries, der aufgrund der anhaltenden Kritik an der Studie dazu beauftragt wurde, die Berliner Ergebnisse zu überprüfen, riet indes davon ab, von einer „pädagogischen Allmacht“ auszugehen.

Welche Bedeutung der familiären und gesellschaftlichen Tradierung von Geschichtsbewusstsein zukommt ist zwar spätestens seit Welzers „Opa war kein Nazi“ bekannt, wird jedoch in der vorliegenden Studie nur randständig beachtet. Dadurch kommt sie zu einer einfachen und eingängigen Formel, die die Ergebnisse der Befragungen auf einen Punkt bringen soll: Je mehr Faktenwissen bei den Schüler/innen vorhanden ist, desto kritischer sehen sie die DDR.

Betrachtet man jedoch die Formulierung der einzelnen Fragen und die vorgefertigten Antwortmöglichkeiten im Design der Studie, scheint eine objektive Interpretation des tatsächlichen Wissensstandes und der individuellen Einschätzung der Jugendlichen schwierig. Stattdessen ist anzunehmen, dass die Antworten der Schüler/innen oftmals – geleitet durch eigene Identitätskonflikte, persönliches Betroffensein und post-sozialistische Demütigungserfahrungen – eher eine emotionale Reaktion auf die Fragen darstellten.

Die Studie hätte daher an Seriosität und kritischem Gehalt gewonnen, wenn sie in ihre Bilanz Erkenntnisse der geschichtsdidaktischen Diskurse über die Tradierung von Geschichtsbewusstsein und Erinnerungskonzepte einbezogen hätte. Dennoch eignet sich die Studie, um auf fraglos vorhandene Wissenslücken und ein weit reichendes Desinteresse deutscher Schüler/innen an der Geschichte der DDR aufmerksam zu machen. Die Publikation, in der die Ergebnisse detailliert wiedergegeben werden, kann daher als umfangreicher Leitfaden für die Unterrichtsentwicklung und als Evaluation der eigenen Stoffvermittlung dienen.

Aufbau der Studie

Als theoretischer Einstieg und inhaltliche Positionierung wurde der Präsentation der Studienergebnisse in dem Band eine ausführliche Einleitung vorangestellt, in der die Herausgeber/innen wissenschaftliche Diskurse in der DDR-Forschung, das gesellschaftliche Meinungsklima zur DDR in Ost und West und pädagogische Konzepte zur Wissensvermittlung über die DDR vorstellen. Auf Grundlage dessen werden in den folgenden Kapiteln die Ergebnisse der qualitativen und quantitativen Umfrage vorgestellt. Die Studie stellt allerdings keine empirisch repräsentative Stichprobe dar, da die Zusammensetzung der Befragten nicht den dafür notwendigen Anforderungen gerecht wird: Etwa fünfzig Prozent der Schüler/innen kam aus Berlin, zwei Drittel aller Befragten wurden auf dem Territorium der alten Bundesrepublik geboren. Außerdem

handelte es sich bei siebzig Prozent der Jugendlichen um Gymnasiast/innen.

Die Vorstellung der Ergebnisse erfolgt geordnet nach den vier teilnehmenden Bundesländern und den einzelnen Themenbereichen. Der Fragebogen, den die Schüler/innen während der Befragung ausfüllen mussten, wurde im Anhang des Bandes abgedruckt. Dieser unterteilte sich in die bereits erwähnten Themenkomplexe: Die Beurteilung der DDR und der Bundesrepublik vor der deutschen Vereinigung, die Einschätzung verschiedener Aspekte der DDR, eine Abfrage von Faktenwissen zur DDR.

Fazit

Die vieldiskutierte und kritisierte Studie, die von anderen als Pionierarbeit der DDR-Forschung gewürdigt wurde, weist zweifellos einige Unklarheiten und Einseitigkeiten auf. Allerdings kann die Arbeit von Deutz-Schroeder/Schroeder als hervorragender Einstieg in eine Diskussion über das gesellschaftliche Meinungsbild zur DDR in Ost und West dienen.

Literatur

Schröder, Klaus; Deutz-Schröder, Monika: Soziales Paradies oder Stasi-Staat? Das DDR-Bild von Schülern - Ein Ost-West-Vergleich. Verlag Ernst Vögel, München, 2008

Die Diktatur gezeichnet.

Aktuelle Geschichtscomics über die DDR zwischen Authentizität und Dekonstruktion

Von Christoph Hamann

Der Comic hatte in Deutschland lange den Ruf, allein Unterhaltungsbedürfnisse zu bedienen und bildungspolitisch und didaktisch mindestens nicht relevant, wenn nicht gar schädlich zu sein. Dies hat sich seit Art Spiegelmans Graphic Novel „Maus. Die Geschichte eines Überlebenden“ (1989/1991) grundlegend geändert. Ästhetisch ansprechende Comics, die Geschichte ernsthaft thematisieren, wurden für das historische Lernen interessant. Dies gilt auch für die Aufarbeitung der SED-Diktatur. Bei diesem Thema medial wie didaktisch neue Wege zu gehen – dies legten Studien über mangelnde Geschichtskennntnisse von Lernenden über die deutsche Nachkriegsgeschichte und die DDR nahe.

So ist in wenigen Jahren eine ganze Reihe von unterschiedlichen Produktionen erschienen. Deren Existenz ist jedoch vermutlich weniger der Nachfrage des Marktes als dem erinnerungskulturellen Anspruch wie dem finanziellen Engagement der Bundesstiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie der Stiftung Berliner Mauer gedankt. So legten Susanne Buddenberg und Thomas Henseler mit „Grenzfall“, „Berlin - Geteilte Stadt“ und „Tunnel 57“ in kurzer Folge drei Sachcomics vor (Henseler/Buddenberg 2011, 2012, 2013). Simon Schwartz verarbeitete mit „drüben!“ visuell ausgesprochen

ansprechend seine eigene Familiengeschichte (Schwartz 2009). Mit „17. Juni. Die Geschichte von Arnim und Eva“ thematisierten Alexander Lahl u. a. den Volksaufstand 1953 mit den grafisch profilierten Zeichnungen von Kitty Kahane (Lahl u. a. 2013). In seiner visuellen Gestaltung dem klassischen Comic kommt „Da war mal was...“ von Flix am nächsten (Flix 2009). Er bietet ein Kaleidoskop von 30 subjektiven Erinnerungen. Bearbeitet werden in all diesen Produktionen Themen wie etwa das Leben im geteilten Deutschland, die Flucht und Ausreise aus der DDR, die Repression, der Volksaufstand 1953 oder die friedliche Revolution 1989. Gemeinsam ist allen Graphic Novels der (auto-)biographische Ansatz, der - bis auf in der Produktion „17. Juni“ - immer authentische persönliche Geschichten verarbeitet.

Für den Versuch, mit der Graphic Novel neue Wege in der Bildungsarbeit zu gehen, sprechen aus didaktischer Sicht neben dem gewiss nicht zu unterschätzenden Faktor der Motivation weitere, durchaus gewichtige Gründe. So kommt eine Bildgeschichte denjenigen Lernenden entgegen, deren Rezeptionsgewohnheiten und -kompetenzen eher nicht bei der Auseinandersetzung mit Texten liegen. Auch die Möglichkeit, in einer Graphic Novel die Alltagsgeschichte des häufig namenslosen Durchschnittsbürgers zum Thema werden zu lassen, spricht für dieses Medium. Ebenso die sprichwörtliche Anschaulichkeit: „Durch den Comic ist es in höchstem Maße möglich, Vergangenheit zu rekonstruieren, Gebäude, Menschen, Emotionen wieder aufleben zu lassen.“ (Hense-

ler/Buddenberg 2013, 55). Der Comic bietet zudem auch reizvolle Ansatzpunkte, für handlungsorientierte, kreativ-produktive Methoden im Unterricht.

In der geschichtsdidaktischen Literatur wird als ein weiterer Vorzug des Graphic Novel darauf verwiesen, dass es aufgrund seiner genretypischen Eigenschaften das „Gemacht-Sein“ von Geschichten offenkundiger werden lasse als bei allein textbasierten Darstellungen. Der Comic sei eben gezeichnet und würde dadurch eher als die subjektiv gestaltete Umsetzung einer subjektiven Interpretation von Vergangenheit, als (Re-)Konstruktion erkannt: „Ein Comic ist subjektiv, eine Interpretation, alles ist bewusst ausgewählt und inszeniert.“ (Henseler/Buddenberg 2013, 55). Daran ansetzend wird als fachdidaktischer Vorzug genannt, gerade das Genre Graphic Novel biete sich an, die ohne Zweifel wichtige Kompetenz der Analyse bzw. Dekonstruktion von historischen Narrativen einzuüben.

Mir scheint dieses Postulat mitunter ein Theoretischer zu sein. Durch die visuelle Gestaltung und durch den historiographischen Anspruch mancher Comics wird der Anreiz zur Dekonstruktion weniger gefördert, denn vielmehr geradezu unterlaufen. Dies aus mehreren Gründen: Die Eigenschaften des Comics, Geschichten von „kleinen Leuten“ spannend und anschaulich verarbeiten zu können, zielen auf einen rezeptiven Nachvollzug des Gezeigten, auf Identifikation, wenn nicht gar Emotion, aber eben gerade nicht auf analytische Distanz. Der Comic „Tunnel 57“ biete „alles, was eine spannen-

de Geschichte ausmacht: Liebe, Lüge, Verrat und Tod“, er sei eine „klassische Heldengeschichte“. (Henseler/Buddenberg 2013, 35). Der Vorzug des Comics, Veranschaulichungsmedium zu sein, steht mit dem Anspruch, das Narrativ analytisch hinterfragen zu sollen, notwendig in einem gewissen Spannungsverhältnis.

Henseler/Buddenberg verweisen darauf, (auch) ihr Comic sei eine perspektivische, eine subjektive Interpretation der Vergangenheit. Die Machart ihrer Sachcomics versucht jedoch, genau diesen Eindruck zu vermeiden. Ihre Comics versuchen durch den dokumentarischen Anspruch (Recherche, Zeitzeugenbefragung), durch eine konventionell-lineare Erzählweise und durch einen ausgeprägten Bildrealismus in Schwarz-Weiß-Grau eben das Aufzeigen von Subjektivität in der historischen Perspektive möglichst nicht aufscheinen zu lassen. Sie präsentieren sich als Geschichten aus der Geschichte mit einem hohen Anspruch an Authentizität und Objektivität. Im Vordergrund scheint das Bemühen zu stehen, der Anspruch des Graphic Novels zu unterstreichen, als seriöses Medium ernsthafter Geschichtsvermittlung anerkannt zu werden. Wenn Subjektivität und Perspektivität zum Ausdruck kommen, dann in der Art und Weise der visuellen Gestaltung der „objektiven“ Geschichte durch die Bildautoren. Diese stellt sich jedoch ganz in den Dienst des monoperspektivischen Narrativs, in den Dienst von Anschaulichkeit, emotionaler Überzeugung und der Dramaturgie.

Mir scheint, die Fähigkeit zur Analyse von

Geschichtserzählungen durch Lernende wird eher dann befördert werden, wenn die Comics auf eine narrative Linearität verzichten und dramaturgisch Multiperspektivität bewusst einbauen. Dies kann erfolgen durch die Nutzung verschiedener Perspektiven verschiedener Personen(-gruppen) aus der Zeit des erzählten Geschehens. Im Ansatz taucht dies bei Simon Schwartz' Comic „drüben“ bei den politisch unterschiedlichen Elternhäusern des ausreisenden Ehepaars auf. Die verschiedenen Perspektiven sollten jedoch so angelegt sein, dass sie für den Rezipienten legitim oder zumindest nachvollziehbar sind (z. B. Anpassung aus Angst vs. Widerstand und Opposition; Ausreisen vs. Dableiben). Die Gegenüberstellung der Presseberichterstattung in Ost und West zum Tod des Grenzsoldaten Egon Schultz im Comic „Tunnel 57“ ist zwar historisch ausgesprochen interessant und didaktisch sehr wertvoll, präsentiert aber eben nicht eine Gegenüberstellung von gleichermaßen legitimen Perspektiven: Denn die SED-Presse log bewusst.

Verschiedene Perspektiven lassen sich auch durch einen Zeitsprung konstruieren: Eine identische Person hat zu unterschiedlichen Zeiten verschiedene Interpretationen ein und desselben Ereignisses. Erzähltechnisch funktioniert dies durch die Rahmenhandlung, durch den Rückblick („drüben“, „17. Juni“). Didaktisches Potential entwickelt ein solcher Rückblick vor allem dann, wenn die Erinnerung der Gegenwart an die Vergangenheit das Erzählte wie auch die eigene Erinnerung selbst (hinterfragend) reflek-

tiert („Maus“). Schließlich kann multiperspektivisches Erzählen auch durch verschiedene Sichten unterschiedlicher Interpreten der Gegenwart realisiert werden.

Mit seinem Schwerpunkt auf die bloße Erinnerung verfolgt der Comic „Da war mal was...“ von Flix einen radikal anderen Ansatz als der Sachcomic. Er verzichtet auf historische Wahrheitsansprüche und betont in seinem Kaleidoskop von 30 biographischen Splintern die allein subjektive Erinnerung an vergangene Episoden und Imaginationen. Durch diesen Ansatz und durch die Art seiner visuellen Gestaltung läuft dieser Comic am ehesten Gefahr, für das historische Lernen nicht ernst genommen zu werden. Eine solche Geringschätzung würde ihm aber in keiner Weise gerecht werden. Zwar ist die Arbeit von Flix durchaus amüsant, sie ist aber zugleich auch eine vorzügliche Veranschaulichung des kognitiven Konstruktivismus. Denn der Comic zeigt uns: Die erinnernde (wie auch lernende) Auseinandersetzung mit der Vergangenheit erfolgt eben immer subjektiv. Sie wählt einzelne Ereignisse der Vergangenheit aus, verbindet diese sinnbildend mit anderen und interpretiert sie aus dem Horizont der Gegenwart – im vorliegenden Fall der Flix-Erinnerungen mitunter auch skurril bis grotesk. Im Grunde genommen verlaufen Erinnerungsprozesse eben genau so: Sie konstruieren aktiv aus Elementen des Vergangenen eine sinnvolle Geschichte und verbinden diese mit einer Botschaft. Und dies gilt für unterschiedliche Akteure mit ihren unterschiedlichen Zugangsweisen zu Geschichte: Dies

gilt für Zeitzeugen, Forschende, Lehrende und Lernende. „Da war mal was...“ bietet Ansatzpunkte, gerade diese grundlegenden Mechanismen des Erinnerens im Unterricht zu thematisieren.

Ein letztes Beispiel: Der Comic „17. Juni“ verbindet eine Liebesgeschichte mit historischen Ereignissen. Erzählt wird die (fiktive) Geschichte von Armin Mahlke, der den (historischen) Zug der Hennigsdorfer Stahlarbeiter vom 17. Juni 1953 nach Berlin anführt. Dieser wird wenige Tage nach dem 17. Juni verhaftet und als Rädelsführer des Aufstands zum Tode verurteilt. Das Urteil wird in lebenslange Lagerhaft umgewandelt, welche Armin in Workuta absitzen soll. Dort erliegt er seinen Verletzungen, die er sich während eines Aufstandes im Lager zugezogen hat. Diese (Binnen-)Geschichte wird als Rückblende aus einer Perspektive nach der Friedlichen Revolution von 1989/90 erzählt.

Sie ist im Stile eines Detektivromans gehalten. In Anmerkungen zu den Panels werden dem Leser (sparsam) Informationen zum historischen Kontext und zu Namen bzw. Abkürzungen gegeben. Die künstlerische Gestaltung des Comics der „17. Juni“ verwendet bekannte fotografische Motive als Stilmittel, um die fiktionale Geschichte historisch zu authentifizieren. So etwa das Motiv der Steinewerfer vom Leipziger Platz, ein sehr beeindruckendes Motiv des Demonstrationzuges der Henningsdorfer Arbeiter oder das der Vereinigung von zwei Demonstrationenzügen. Bei letzterem wird angespielt auf ein Bildmotiv der SED-Propaganda zur

Vereinigung der KPD mit der SED im Jahr 1946.

Mit Armins Mahlkes Mithäftling Semjonow wird ein Erzähler eingeführt. Dieser hat die Funktion eines Zeitzeugen, der die wahre Geschichte kennt und diese durch seine Zeitzeugenschaft authentifiziert. Die Funktionsweise des Erinnerens selbst, das immer lückenhaft, konstruiert und gegenwartsbezogen ist, wird leider auch hier nicht thematisiert. Die unterschiedlichen Perspektiven, die eingeführt werden, unterscheiden sich allein durch ihren unterschiedlichen Kenntnisstand über die historischen Ereignisse und nicht durch ihre unterschiedlichen Interpretationen der Geschichte und/oder durch die verschiedenen Erinnerungen an die Geschichte.

Die Graphic Novel ist wichtiges und ernst zu nehmendes geschichtskulturelles Medium. Curricular sind die Weichen vielerorts gestellt (Stichwort: Geschichtskultur). Unterrichtsempfehlungen wie auch Hinweise für die geschichtsdidaktische Literatur liegen mittlerweile vor (zum Beispiel jüngst: Comics und Graphic Novels, Heft 153/154 von Geschichte lernen 26. Jg. (2013)). Unterrichtspragmatisch gesehen kommen die kürzeren Geschichten den Rahmenbedingungen schulischen Lernens eher entgegen. Einen hervorragenden Service für die Lehrenden bietet die digitale Fassung von „17. Juni“. Eine grundsätzliche Herausforderung stellt die historische Kontextualisierung des Comic-Narrativs dar. Wird sie den Lernenden bzw. den Lehrenden überlassen? Werden Sachtexte ergänzt und wenn ja, dann in

Lernen aus der Geschichte

Empfehlung Comic

welchem Umfang? Oder reichen sparsam gesetzte Fußnoten aus?

Literatur

Flix: Da war mal was.... Erinnerungen an hier und drüben, Hamburg 2009.

Thomas Henseler, Susanne Buddenberg: Grenzfall: Ost-Berlin 1982: Ein Schüler rebelliert gegen die herrschende Politik, Berlin 2011.

Diess.: Berlin - Geteilte Stadt, Berlin 2012;

Diess.: Tunnel 57. Eine Fluchtgeschichte als Comic, Berlin 2013.

Alexander Lahl, Tim Köhler, Max Mönch, Kitty Kahane: 17. Juni. Die Geschichte von Arnim und Eva, Berlin 2013.

Simon Schwartz: drüben!, Berlin 2009.

Über den Autor

Dr. Christoph Hamann hat Geschichte, Germanistik und Politik studiert. Er ist Referent für Gesellschaftswissenschaften am Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM), u.a. ist von ihm erschienen: Visual History und Geschichtsdidaktik. Bildkompetenz in der historisch-politischen Bildung, Herbolzheim (2007).

Unser nächstes Magazin erscheint am 13.11.2013 und trägt den Titel „Kriegsgefangenschaft im Kontext des Zweiten Weltkrieges“.

I M P R E S S U M

Agentur für Bildung - Geschichte, Politik und Medien e.V.

Bülowstr. 90

10783 Berlin

<http://www.lernen-aus-der-geschichte.de>

<http://www.agentur-bildung.de>

Projektkoordination: Ingolf Seidel

Webredaktion: Ingolf Seidel, Anne Lepper und Patrick Henze

Die vorliegende Ausgabe unseres Magazins wird durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gefördert.

Die Beiträge dieses Magazins können für nichtkommerzielle Bildungszwecke unter Nennung der Autorin/des Autors und der Textquelle genutzt werden.